

DKP-Informationen

Nr. /2009 – 05. März 2009

5. Tagung des Parteivorstands der DKP 28.02.-01.03. 2009

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung:1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

28. Februar / 1. März 2009, Essen

Inhalt

- 1. Referat: Die politischen Herausforderungen zur Bundestagswahl annehmen – das Pressefest zur Stärkung der DKP und UZ nutzen.
Nina Hager**
- 2. Beschluss: Zum Herangehen an die Bundestagswahlen und „Eckpunkte zur Bundestagswahl“**
- 3. Weiteres:**
 - **offener Brief von Patrik Köbele und 20 weiteren DKP Mitgliedern an Heinz Stehr (siehe Anhang)**
 - **Stellungnahme von Heinz Stehr und**
 - **Beschluss des Parteivorstandes**
- 4. Aufruf zu den Demonstrationen am 28. 03. in Frankfurt/M und Berlin**
- 5. Aufruf zu der Demonstrationen und Aktivitäten am 04.04. in Straßburg / Baden-Baden**
- 6. Zur Jugendpolitik der DKP (Vorschlag: jugendpolitischer Rat-schlag)**
- 7. Beschluss: Bildung von Landesorganisationen**
- 8. Initiative der organisationspolitischen Kommission**

Referat: Die politischen Herausforderungen zur Bundestagswahl annehmen – das Pres- sefest zur Stärkung der DKP und UZ nutzen.

Nina Hager

Liebe Genossinnen und Genossen,

In den letzten Wochen zeigen sich weltweit die gravierenden Folgen der Krise immer deutlicher. Während noch über Abfindungen und Boni für Manager gestritten wird und viele Regierungen Rettungsschirme für Banken und Großkonzerne aufspannen, sind Millionen Arbeitsplätze bedroht.

Dagegen regt sich zunehmender Widerstand. Beeindruckend waren die Aktionen in Griechenland, Frankreich und Italien. Am vergangenen Sonnabend folgten in Dublin 120 000 Menschen einem Aufruf der Gewerkschaften und gingen gegen die Folgen der Krise auf die Straße. „Wir wollen nicht für die Gier der Reichen zahlen“, war nur eine Losung auf dieser Demonstration, die eine der größten in der irischen Geschichte war. Die Forderung des Premierministers Brian Cowan wurde zurückgewiesen, um der Krise zu begegnen seien „schmerzhafte Einschnitte“ in die Bezüge der Beschäftigten im öffentlichen Dienst notwendig. Deutliche antikapitalistische Positionen wurden geäußert. Eine vergleichbare Demo in Deutschland hätte mehr als zwei Millionen Teilnehmer.

Die irische Regierung, bestehend aus der konservativen Volkspartei Fianna Fáil und den Grünen, hat inzwischen im Land nur noch eine Zustimmungsrate von 15 Prozent.

Zu den wichtigen Aktionen im Inland gehörten die Schülerproteste im November 2008, gehören Proteste der Belegschaften wie bei Opel, Thyssen-Krupp und anderen, sowie die gegenwärtigen Streikaktionen im öffentlichen Dienst vor der nächsten Tarifverhandlungsrunde.

In Magdeburg und Schwerin begannen am Dienstag dieser Woche vor den Staatskanzleien dreitägige Mahnwachen des Beamtenbundes dbb. In Schleswig-Holstein legten Beschäftigte von Ämtern und Behörden die Arbeit nieder. Allein an den Standorten der Uni-Klinik in Lübeck und Kiel beteiligten sich 400 Mitarbeiter an verbotenen Warnstreiks. Am Mittwoch wurden die Proteste in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Brandenburg und Thüringen fortgesetzt. In Kiel waren 5 000 Kolleginnen und Kollegen auf der Straße. Die Lehrgewerkschaft GEW rief zu Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen in 14 Bundesländern auf. In Mecklenburg-Vorpommern sollte nach Angaben der Gewerkschaft am Donnerstag die Hälfte der Schulen geschlossen werden. Am Donnerstag fanden zugleich bundesweit ganztägige Warnstreiks an Hochschulen, in Straßenmeistereien und Landesämtern statt. Gestern folgten weitere Aktionen – Aber das ist widersprüchlich wie das Beispiel Schaeffler zeigt.

In Deutschland und im Ausland sind vielfältige weitere außerparlamentarische Aktionen gegen Krieg und Krise in Vorbereitung: So der europaweite Aktionstag „Wir zahlen nicht für eure Krisen! - Zeit für die Wende!“ am 28. März, an dem bekanntlich zwei Großdemonstrationen auch in Berlin und Frankfurt am Main stattfinden. Ebenso die Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai und andere kommende Aktionen wie die des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 16. Mai erhalten ein größeres Gewicht, auch durch verschiedene Tarifrunden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

was können wir in dieser Situation als Kommunistinnen und Kommunisten beitragen, dass Bewusstsein für die tatsächlichen Ursachen der Krise und in der Arbeiterklasse das Klassenbewusstsein wächst? Dass immer mehr erkennen: Wer nicht kämpft, hat schon verloren? Dass immer mehr zugleich erkennen: So lange wir in einer von der Profitlogik beherrschten Gesellschaft leben, wird es Krisen geben?

Was können wir beitragen, um noch mehr Leute zu mobilisieren, für ihre Interessen und ihre Rechte auf die Straße zu gehen? Was dafür, dass der Widerstand breiter wird und die verschiedenen Kräfte des Widerstandes zusammengeführt werden?

Wie können wir zudem zur Aufklärung beitragen, dass, wenn die Gegenwehr nicht entschieden wächst, ein weiterer Demokratieabbau und eine reaktionäre Entwicklung wahrscheinlich ist?

Was können wir tun, damit viele gerade in dieser Situation nicht den sozialdemagogischen Losungen der extremen Rechten, der Neofaschisten auf den Leim gehen? Auch diese Gefahr besteht.

Um etwas zu tun gibt es für uns Kommunistinnen und Kommunisten zahlreiche Gelegenheiten: durch aktive Mitarbeit in betrieblichen und gewerkschaftlichen Zusammenhängen bzw. anderen gesellschaftlichen Bewegungen, bei der Mobilisierung und den Aktionen des 28. März, den Aktionen gegen 60 Jahre Nato, im EU-Wahlkampf und vor allem auch auf unserem „Pressefest der UZ – Fest der Solidarität“.

Wenn wir heute zunächst vor allem über die Beteiligung der DKP an den Bundestagswahlen debattieren wollen, dann müssen wir in diesem gesellschaftspolitischen Zusammenhang diskutieren:

Welche Form der Beteiligung nutzt dieser Formierung außerparlamentarischen Widerstands am Besten?

Denn uns allen ist klar, dass die gesellschaftlichen Widersprüche nicht in und durch die Parlamente und damit nicht durch Wahlen gelöst werden, sondern nur in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und mit einer starken außerparlamentarischen Bewegung.

Zur Wahlbeteiligung liegen Anträge vor, die wir auf der Bundeswahlkonferenz zur Teilnahme der DKP an den EU-Wahlen nicht behandeln konnten. Euch liegen Vorschläge des Sekretariats des Parteivorstandes und ein erster Entwurf für Positionen der DKP zu den Bundestagswahlen vor. Es gab die Beratung des Sekretariats mit den Bezirksvorsitzenden, auf der diese ihre Positionen darlegten. Am 13. Februar fand ein Gespräch des Sekretariats mit dem Berliner Landesvorstand statt. Euch liegt ein Brief von Rainer Perschewski und Wera Richter vor, der uns am 26. Februar zugeht.

Wir sollten unter der genannten gesellschaftspolitischen Prämisse heute alle Varianten einer Wahlbeteiligung zu den Bundestagswahlen diskutieren.

Wir werden heute - rückblickend - zudem sicherlich kurz das LL-Wochenende einschätzen, uns auch darüber austauschen, wie der EU-Wahlkampf angeht, welche ersten Erfahrungen es gibt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir einen Beschluss zu den Bundestagswahlen fassen wollen, dann ist es für Marxistinnen und Marxisten auch selbstverständlich, dass wir zunächst die gesellschaftliche Situation und die Spielräume unseres Handelns analysieren müssen. Dazu in aller Kürze einige Aspekte.

Dabei werde ich mich im ersten Teil meines Referates auf einige wenige Punkte beschränken müssen und nur einige Fragen behandeln im Zusammenhang mit:

1. den aktuellen Auswirkungen der Krise und vor allem den Vorbereitungen der Herrschenden - nach den Protestaktionen in vielen Ländern Europas - auf große sozialen Unruhen gegen die Finanzinstitute und ihre Politik;
2. in der Krise wird die Kriegspolitik der USA und ihrer Verbündeten weitergeführt, der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ausgeweitet. Ein weiterer Einsatz im Nahen Osten wird diskutiert. Der Krieg im Nahen Osten ist eindeutig auch die Folge der Politik der israelischen Regierung bzw. der israelischen Rechten, kurz vor den Wahlen von den Folgen der Krise abzulenken;
3. werde ich auf einige aktuellen Entwicklungen im Land und der Formierung der Gegenkräfte gegen die herrschende Politik eingehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Der Abschwung in der Euro-Zone gewinnt an Tempo: Die EU-Kommission sprach in einer im Februar veröffentlichten Analyse von einer Krise neuer Dimension.

Die Industrieproduktion in Euroraum ist zum Jahresende 2008 so stark eingebrochen wie noch nie seit 1991. Ohne das Baugewerbe ging die Produktion im Dezember gegenüber dem Vormonat um 2,6 Prozent zurück, meldet das Statistikamt Eurostat. Im Vergleich zum Vorjahr betrug das Minus sogar zwölf Prozent.

- Besonders die Automobilindustrie, die in der EU direkt 2,2 Millionen und indirekt 12 Millionen Menschen beschäftigt, sei von der anhaltenden Kreditklemme hart betroffen. Die Kommission benennt nicht die Ursachen.
- In der Stahlindustrie gibt es Auftragseinbrüche von 43% bis 57%. Nach Autoindustrie, Autozulieferern, Chemieindustrie ist auch der weltweite Transportsektor in all seinen Segmenten des Güter- und Personenverkehrs von der Weltwirtschaftskrise in besonderem Maß getroffen. Der

Maschinenbau, der bislang als ein „Motor“ der deutschen Exportwirtschaft galt, bricht auch hierzulande ein.

- Hinzu kommt eine Zuspitzung der Situation auf dem Agrarsektor.

Verheugen warnte bei Veröffentlichung der Analyse die Regierungen und seine eigene Behörde davor: „Die finanziellen Möglichkeiten der EU und der Mitgliedsstaaten stoßen an ihre Grenzen.“ Erst im Herbst wurde der Staatsbankrott Ungarns sowie Lettlands durch Milliardenkredite verhindert. Der italienischen Schuldenberg beträgt mittlerweile 1 670 Milliarden Euro – gut 110 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Auch in Griechenland und weiteren ost- bzw. südosteuropäischen EU-Ländern ist die Situation ähnlich.

Sieben afrikanische Länder stehen noch im Jahr 2009 vor der Zahlungsunfähigkeit: Benin, Burundi, Gambia, Liberia, Mosambik, Niger sowie der kleine Inselstaat Sao Tomé & Príncipe. Zahlreiche weitere Länder, auch außerhalb Afrikas, könnten hinzukommen.

Und selbst in der Bundesrepublik geht die Angst um. Vor der Entscheidung über ein milliardenschweres Rettungspaket für die schwer angeschlagene HSH Nordbank haben schleswig-holsteinische Politiker vor dem Bankrott des Bundeslandes gewarnt, was letztlich darauf hinauslaufen könnte, dass mit Zwangsverwaltungen oder Notverordnungen regiert wird.

Die Regierungen in der EU handeln in dieser Situation allein im Interesse der großen Konzerne. Und vor allem die maroden Banken erhalten – wie durch die Konjunkturpakete der Bundesregierung - Milliardenhilfen. Diese werden allein genutzt, um die Bilanzen der Banken und die Vermögen der Reichen zu sanieren und die Verluste zu vergesellschaften. Und selbst das aktuelle „Enteignungsgesetz“ bzw. „Rettungsübernahmegesetz“ der Bundesregierung, das eine Verstaatlichung maroder Banken als letzte Option vorsieht, dient letztlich allein diesem Zweck. Unsere Sicht ist:

„Nur durch die Überführung der Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle können Geld und Kredite in den produzierenden Sektor der Wirtschaft geleitet und vorrangig für Beschäftigung und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, für soziale und ökologische Ziele eingesetzt werden. Bei betrieblichen Investitionen sind wirksame Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und der Gewerkschaften nötig.“ (Aus dem UZ-Extra „Mensch geht vor Profit“)

Massenentlassungen, Kurzarbeit sind die Folgen der Krise. Zunehmend sind Stammbesellschaften betroffen. In der Bundesrepublik Deutschland stehen allein bei Opel letztlich mehr als 25 000 Arbeitsplätze zur Disposition.

Allein im Januar stieg die Zahl der Arbeitslosen im Land um 387 000 im Vergleich zum Dezember 2008 auf offiziell 3,489 Millionen. Im Februar sind die Zahlen weiter gestiegen. Bis zu vier Millionen Arbeitslose erwartet selbst die Bundesagentur für Arbeit für 2009 „unter günstigsten Bedingungen“. In immer mehr Firmen wird Kurzarbeit angeordnet. Inzwischen haben Deutschlands Unternehmen laut Bonner Wirtschaftsakademie für fast 1 Million Beschäftigte Anträge auf Kurzarbeit gestellt. Betroffen sind dabei in erster Linie der Maschinenbau sowie die Metall- und Automobilindustrie. Auch bei VW gingen am Montag 60 000 in Kurzarbeit.

Die Aussage in unserem Parteiprogramm

„Unsicherheit im Beruf, unabhängig von Ausbildung und dem Grad der Qualifikation, Unsicherheit im ganzen Leben, der Zwang, unkalkulierbare Risiken einzugehen, werden allgegenwärtig und wieder zur prägenden Erfahrung der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus. Nach einigen Jahrzehnten relativer Sicherheit kehrt nun eine Situation zurück, in der jeder plötzlich ein Verlierer, keiner sich seiner Sache mehr sicher sein kann.“

gewinnt eine dramatische Bedeutung. Die Regierung will, dass die Arbeiter und Angestellten, die Rentner und die Jugend die Krise bezahlen. Das Geld, das für ein menschenwürdiges Gesundheitswesen, für armutsfeste Renten oder ein besseres Bildungssystem nie vorhanden war, ist plötzlich im Überfluss verfügbar, wenn es darum geht, die Milliarden Spekulationsverluste der Banken zu „sozialisieren“.

Weltweit – und hierzulande kaum beachtet – treffen die Kündigungen vor allem auch Arbeitsmigranten in Russland, in den Arabischen Emiraten, in Kanada, den USA, in Spanien, Italien und anderen Ländern. Diese Arbeitsmigranten haben keine Rechte. Wenn ihre Arbeitsverträge gekündigt werden, müssen sie in der Regel das Land verlassen, in dem sie bislang gearbeitet hatten. Mit ihnen müssen – soweit mitgereist – ihre Familien gehen oder als Illegale bleiben. Die ILO prophezeit in ihren Lageberurteilungen inzwischen, dass bis Ende 2009 weltweit 210 Millionen registrierte Erwerbslose nicht aus-

zuschließen seien. Dabei, so die Zeitschrift „Der Freitag“ am 12. Februar, ist die „Dunkelziffer des um seine spartanischen Einkünfte gebrachten globalen Prekariats“ gar nicht einberechnet.

Leo hatte in seinem Referat auf der 4. Parteivorstandstagung darauf verwiesen, dass die gegenwärtige ökonomische Krise überlagert wird durch die Hungerkrise, das fehlende saubere Wasser für 1,5 Milliarden Menschen, durch die ökologische Krise bzw. Klimakatastrophe.

Eine Folge wird in der gegenwärtigen Krise wahrscheinlich auch sein, dass sich die EU an ihren Außen Grenzen noch stärker gegen Migration abschotten wird: Durch den Einsatz der nationalen Kräfte sowie der supranationalen Europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die vor allem der Abschottung der „Festung Europa“ im „Kampf gegen illegale Migration“ in die EU dient, sowie durch Einsatz des Militärs, dessen „Eingreifbarkeit“ weiter ausgebaut werden soll.

Beispielsweise will das Bundesinnenministerium unter anderem für 28 Millionen Euro vier vorhandene Transporthubschrauber der Bundespolizei für den Einsatz „unter klimatisch schwierigen Bedingungen“ nachrüsten. Dabei wird auch darauf verwiesen, dass die Bundespolizei immer häufiger an Auslandseinsätzen – beispielsweise im Rahmen von Frontex – beteiligt ist. Aber wohl nicht nur dafür soll das Geld genutzt werden, denn der Präsident der Bundespolizei, Matthias Seeger, trat laut ddp kürzlich eindeutig für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und eine bessere Zusammenarbeit ein.

Das Geld stammt aus dem Investitionsfonds von 16,9 Milliarden Euro, der Bestandteil des am 20. Februar vom Bundesrat gebilligten zweiten Konjunkturpakets ist. 250 Millionen Euro sind zudem im Militärbereich für Baumaßnahmen in militärischen Anlagen einschließlich „kleinerer Neu-, Um- und Erweiterungsbauten“ vorgesehen. Bundesverteidigungsminister Jung kündigte an, das Geld werde „auch“ im Sinne der Kasernensanierung ausgegeben, um die Attraktivität der Bundeswehr zu steigern, dient also unmittelbar auch der weiteren Militarisierung im Inneren.

Rund 226 Millionen Euro sollen u. a. für neue Waffensysteme ausgegeben werden.

Und Übrigens: Auch laut neuem EU-Vertrag kann bei sozialen Unruhen das Militär im Inneren eingesetzt werden. Und dazu laufen – auch angesichts großer Proteste wie in Griechenland, Italien, Frankreich, Irland - die Vorbereitungen. Dem dient auch der weitere Abbau demokratischer Grundrechte und der Ausbau des repressiven Sicherheitsstaates, die Schaffung noch reaktionärer Verhältnisse.

Ulli Sander, Bundessprecher der VVN/BdA erklärte auf der 28. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen aus NRW in Wuppertal am 7.2.2009:

„Bis zu eine Million Soldaten stehen als Reservisten ständig zum Militäreinsatz im Innern der Republik bereit - gegen unser Demonstrationsrecht, gegen Streiks und freie Meinungsäußerung. In Bund und Land, in Stadt und Landkreis werden Polizei und Bundeswehr, z. T. auch Geheimdienste zusammengefasst, um als schwerbewaffneter Heimatschutz zu agieren. Der verfassungswidrige Bundeswehreinsatz in Heiligendamm 2007 stellte einen weiteren Schritt zur inneren Militarisierung dar.“

In Großbritannien, wo die Rettungsmaßnahmen der Labour-Regierung nicht zu greifen scheinen, bereitet man sich – laut „Teleopolis“ (Florian Rötzer 24.02.2009) bei der Polizei schon jetzt auf eine heißen Sommer vor.

„Superintendent David Hartshorn, zuständig für öffentliche Ordnung, berichtete dem Guardian, dass Menschen, die Jobs, Häuser oder Ersparnissen verloren haben, sich möglicherweise wütenden und gewalttätigen Protesten anschließen könnten, wie dies bereits in den 1980er Jahren der Fall gewesen ist. Auch Angehörige der Mittelklasse könnte die Wut packen ...

Schon jetzt hätte sich die Stimmung auf Demonstrationen verändert. Hartshorn vermutet, dass die Banken besonders zum Ziel der Wut werden könnten, die mit Steuergeldern unterstützt werden und weiterhin Boni auszahlen. Aber sie könnte sich auch gegen multinationale Konzerne oder andere Finanzinstitutionen richten.“

In Italien wird bereits Militär im Inneren eingesetzt - um angeblich eine gestiegene Kriminalität durch illegale Zuwanderer zu bekämpfen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

weltweit hat 2008 die Zahl der Kriege und gewaltsamer Auseinandersetzungen weiter zugenommen. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung zählte im im Dezember erschienenen Konfliktbarometer 345 Krisen und insgesamt neun ausgewachsene Kriege. Bei den so genannten

begrenzten Kriegen gab es eine Zunahme von 26 auf 30. Die Zahl der „asymmetrischen“ Kriege nimmt zu.

Der Nahe Osten, Zentralasien und Afrika sind Spielball der USA, der militarisierten EU und der NATO. Aufrüstung, Militärinterventionen, Militärstützpunkte und die Weltraummilitarisierung dienen auch in Zeiten der Krise der Sicherung ihrer Macht, dem Ausbau politischer Positionen und dem Zugriff auf Ressourcen.

Kurz vor dem 60. Geburtstag der NATO legt der Außenausschuss des Europaparlaments einen Bericht vor, in dem er für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen EU und der NATO plädiert: In Zeiten wachsender globaler Risiken wie Terrorismus und Klimawandel müssten sich die beiden Organisationen ergänzen statt zu konkurrieren. Doch es gibt auch Gegenstimmen: Abgeordnete der Vereinigten Linken wenden sich gegen eine „Militarisierung“ der EU und die Kooperation mit dem Verteidigungsbündnis.

Die Hoffnungen, die sich in diesem Zusammenhang mit dem Regierungsantritt von Barack Obama verbunden haben, wurden bislang nicht erfüllt, auch wenn er Rüstungskürzungen angekündigt hat. Aber allein im Jahr 2008 haben die USA ihren Rüstungshaushalt um 11 Prozent auf fast 650 Milliarden US-Dollar erhöht.

Die USA und ihre Verbündeten verstricken sich immer mehr in militärische Einsätze und ihrer Ausweitung in Afghanistan. Gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit in unserem Land hat der Bundestag erneut die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in dem ständig eskalierenden Krieg in Afghanistan beschlossen. Jetzt soll die Truppenpräsenz am Hindukusch weiter verstärkt werden.

Bewegt hat uns – auch in Protestaktionen – die Aggression des israelischen Militärs gegen die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen, der Tod vieler Zivilisten, die Zerstörung der zivilen Infrastruktur, der Lebensbedingungen der Menschen.

Noch im Oktober 2008 schien Israel eine Oase im Sturm der Finanzkrise zu sein. Wenige Wochen später hatte sich die Situation völlig verändert: Der israelische Zentralbank-Chef musste eingestehen: „Die Krise ist da.“

Der frühere Botschafter Israels Avi Primor in der Bundesrepublik Deutschland machte in einem Interview mit dem Deutschlandradio am 11. Februar darauf aufmerksam: „Bis Mitte Dezember hieß es, wir gehen in die vorgezogenen Wahlen ... wegen Problemen der Korruption der Politiker, ... wegen Wirtschaftsproblemen, sozialen Problemen. Das waren damals die Sorgen der Leute.“

Krieg wie Kriegspropaganda haben gewirkt und zunächst von der Krise sowie den sozialen Konflikten im Land abgelenkt. Aber war dies nicht auch ein Konzept des Kapitals und seiner politischen Vertreter in anderen Ländern in früheren Krisensituationen?

„Der bewaffnete Konflikt in Gaza“, schrieb folgerichtig die FAZ am 8. Januar, „überdeckt die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Israel mit einiger Verzögerung getroffen hat“. Dabei werden in den kommenden Wochen und Monaten die Kosten des Gaza-Krieges noch zusätzlich zu Buche schlagen. Der Krieg im Libanon 2006 führte zu einem Verlust des Bruttoinlandsprodukts um ein bis zwei Prozent.

Die Hamas geht aus dem jüngsten Konflikt politisch gestärkt hervor. Selbst die militärischen Rückschläge wird sie bald verkraften können. Das bedeutet aber zugleich, dass die reaktionären, fundamentalistischen Kräfte unter den Palästinensern durch diesen völkerrechtswidrigen Krieg Israels gestärkt wurden.

Offensichtlich ist auch, dass sich mit dem Krieg die politischen Gewichte in Israel weiter zugunsten der rechten Parteien verschoben haben, die einen entschiedenen Kampf gegen die Palästinenser und jeglichen Friedensprozess führen wollen.

Das passt in alle Aussagen der israelischen Rechten, von Benjamin Netanjahu und besonders von Avidor Liebermann, die keinen Frieden und keine Anerkennung eines eigenständigen palästinensischen Staates wollen. Sie brauchen andererseits auch künftig Kräfte wie die Hamas um ihre Politik durchzusetzen.

Der Gaza-Krieg wird deshalb einen neuen Kreislauf der Gewalt auslösen, weil auf beiden Seiten die extreme Rechte gestärkt wurde.

„Es spielt keine Rolle, wer die Regierung bilden wird, denn wir sehen, in welche Richtung es geht - und zwar nach rechts-außen - und das bedeutet mehr Extremismus, mehr Fundamentalismus auf der

israelischen Seite, und natürlich wird die arabische Seite entsprechend reagieren“, kommentierte nach der Wahl in Israel Baria Alamuddin von der Zeitung „Al-Hayat“.

Sicher ist derzeit zudem: Die Weltwirtschaftskrise wird auch alle anderen Staaten im Nahen Osten noch stärker treffen, soziale Unruhen hervorbringen und zu einer weiteren Destabilisierung in der Region und neuen Kriegen beitragen. Die Herrschenden werden auch dort dabei jeden sozialen und demokratischen Widerstand niederhalten.

Auf welcher Seite stehen wir? Doch wohl nur auf der Seite der betroffenen Zivilbevölkerung und der Kräfte, die Frieden und Verständigung wollen. Und damit komme ich zu einem Problem, dass wir mit dem Artikel von Robert Steigerwald in der UZ „Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?“ auf marxistischer Grundlage diskutieren und Orientierung geben wollten. Dabei wurden Grundprämissen kommunistischer Politik, Lehren aus der Geschichte unserer Bewegung benannt. Die Reaktionen auf diesen Artikel – auch in der UZ – waren jedoch widersprüchlich, was auf politisch-ideologische Probleme in unserer Partei verweist.

Nicht weniger Genossinnen und Genossen, die ihre Solidarität mit den Palästinensern zeigen wollten, haben Erfahrungen auf den Antikriegsdemonstrationen gegen die israelische Aggression gesammelt und dabei auch – zumindest verbale - Angriffe gegen Kommunistinnen und Kommunisten erlebt. Losungen wurden gezeigt und gerufen, die sich gegen einen gerechten Frieden wandten bzw. Israel jegliches Existenzrecht absprachen.

Andere Genossinnen und Genossen sehen aber die Hamas nach wie vor objektiv auf antiimperialistischen Positionen (weil ihre Leute gegen den Imperialismus kämpfen und weshalb man sie unterstützen müsse). Sowohl die reaktionäre Ideologie wie die Klassenorientierung bzw. Klassenbasis dieser Organisation und ihre Ziele werden dabei völlig außer Acht gelassen. Völlig ausgeblendet wird dabei zudem, dass die Hamas durch den Iran unterstützt wird.

„Antiimperialismus“ wird dabei zum diffusen Begriff und von Klassenpolitik; von Antikapitalismus, Antifaschismus, Aufklärung, vom Kampf um Emanzipation völlig abgekoppelt.

In der Resolution der Bundeswahlkonferenz der DKP am 10. Januar haben wir in diesem Zusammenhang klar Position bezogen. Und auch wenn es sich nur eine per Akklamation bestätigte Resolution handelt: Jedes Mitglied unserer Partei sollte sich der Willenserklärung der gewählten Delegierten verpflichtet fühlen.

Kommunistinnen und Kommunisten müssen sich in dieser Auseinandersetzung eindeutig positionieren. Richtig. Aber dann - im Interesse der Menschen in Palästina, in Israel und international - für Frieden und Verständigung und deutlich eben auch gegen fundamentalistische und klerikal-faschistische Organisationen auf allen Seiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Krise bestimmt auch die Politik in unserem Land. Dabei gewinnt nicht die Partei „Die Linke“ bei Wählerumfragen, sondern ausgerechnet die FDP, eine Partei, die eigentlich als marktradikale Partei derzeit – wie G. Fülberth in der Zeitschrift „Der Freitag“ schrieb „durch das Platzen der Blasen blamiert sein müsste“.

Grundproblem der Partei „Die Linke“ ist es, dass sie 1. mehrheitlich nicht als wirtschaftlich kompetent angesehen wird, obgleich die Ökonomen in ihren Reihen wahrscheinlich mehr Sachverstand haben, als die aller bürgerlichen Parteien zusammengenommen.

Politisch entscheidend ist aber, dass sie sich trotz dieser Kompetenz 2. in dieser Situation eben nicht als Systemopposition formiert oder in der gegenwärtigen Lage entschiedenen Forderungen aufstellt, die an die Grenzen des Systems gehen und einen tatsächlichen Ausweg aus der tiefen Krise zeigen und 3. nicht wesentlich die breite Mobilisierung von Widerstand befördert.

In den Arbeitsvorhaben für 2008/2009, die auf der 1. Tagung des 18. Parteitags beschlossen wurden heißt es:

„Mit der Gründung der Partei „Die Linke“ und ihrer parlamentarischen Präsenz werden Alternativen zur neoliberalen Politik wieder öffentlich sichtbar gemacht und diskutiert. Jedoch steckt die Linkspartei in einem Glaubwürdigkeitsproblem durch ihr Handeln dort, wo sie mit Regierungs-beteiligung u.a. an Privatisierungen, Sozialabbau und an Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen beteiligt ist sowie durch ihre vorrangige parlamentarische Orientierung.

Wie diese Widersprüche gelöst werden, ist gegenwärtig offen.“

Andererseits wird auch die Krisenkompetenz der Regierenden offenbar durch Mehrheiten im Land immer mehr angezweifelt. Ohne, dass das Konsequenzen hat bzw. zu mehr Widerstand führt. Dass daraus die Gefahr entsteht, dass auch Neofaschisten zunehmend Anhänger gewinnen können, darauf haben wir schon desöfteren verwiesen.

Entschiedene Gegenwehr fehlt – trotz der genannten wie anderer Aktionen - bislang weitgehend. Trotz großer Aktionen der Gewerkschaften beispielsweise in Frankreich, trotz der bevorstehenden internationalen Aktionstage, fehlt auch der breit vernetzte Widerstand. Den Gewerkschaften fehlt eine gemeinsame Strategie des Widerstandes und deshalb können vor allem die transnationalen Konzerne die Belegschaften und Standorte weltweit gegeneinander ausspielen. Und der Linken insgesamt fehlt ein gemeinsames, mobilisierendes alternatives Gesellschaftsprojekt.

Dabei wäre zu überdenken, ob der Mangel an Klassenbewusstsein und an Durchsetzungsfähigkeit vor Ort - auch hierzulande - nicht auch damit etwas zu tun hat, dass in den meisten oder fast allen Branchen die ausreichende Vernetzung der Kämpfe der Gewerkschafts- und Arbeiterorganisationen fehlt. Und umgekehrt hindert offenbar fehlendes Klassenbewusstsein daran, die Aktionen wirkungsvoller im eigenen Land wie international zu vernetzen. Dabei gibt es ja durchaus Erfolge und Beispiele, die verallgemeinerbar wären – wie zuletzt bei den Kämpfen der europäischen Hafentarbeiter.

Doch die zurückliegenden Gewerkschaftstage zeigen, dass die Erfolge und Niederlagen der Kämpfe von den Gewerkschaften nicht ausgewertet werden.

Vor allem die Gewerkschaftsführungen in unserem Land handeln in dieser Situation nicht konsequent. Sie sind weit davon entfernt, Klassenpolitik im Interesse ihrer Mitglieder zu betreiben.

Fatal finden wir nach wie vor allem die Absage der Gewerkschaftsführungen an die Organisatoren des Protesttages am 28. März „Wir zahlen nicht für eure Krise! - Für eine solidarische Gesellschaft“ und die Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main gegen die Krisenpolitik der Bundesregierung. Doch zahlreiche Gewerkschaftsgliederungen haben inzwischen ihre Unterstützung und Teilnahme erklärt.

Die Proteste finden bekanntlich im unmittelbaren Vorfeld des so genannten Weltfinanzgipfels der G20 am 2. April in London statt. Parallel zu den Demonstrationen in Deutschland erwartet der britische Gewerkschaftsdachverband TUC zu seinen Protesten gegen die G20 in London beispielsweise 100 000 Menschen. Proteste werden auch in anderen Ländern Europas stattfinden.

Die Teilnehmer des Weltsozialforums Ende Januar im brasilianischen Belém haben gleichfalls für diesen Tag zu globalen Aktionen aufgerufen.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang die Absage der Gewerkschaftsführungen an die anderen gesellschaftlichen Bewegungen aber auch aus einem anderen Grund: Nicht nur die derzeitigen Streiks im Öffentlichen Dienst und bei der Telekom zeigen, dass die Kampfbereitschaft vieler Belegschaften im letzten Jahr gewachsen ist. Es wäre eine Chance am 28. März gemeinsam mit den anderen sozialen Bewegungen mit großen Aktionen wie in Frankreich, Griechenland, Irland zu zeigen: Wir sind da, ihr müsst mit uns rechnen.

Die Absage der Gewerkschaftsführungen ist nicht zu erklären durch den eigenen europaweiten Aktionstag im Mai, der offenbar von einigen vor allem als Wahlkampfhilfe für SPD und Bündnisgrüne gedacht ist. Sowohl die Aktionen am 28. März, die Demonstrationen am 1. Mai als auch am 16. Mai wären koordinierbar gewesen.

Wir sollten aktiv werden und bei den gegenwärtigen Streikaktionen vor allem auch für den 28. März zu werben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Vorbereitungen zum NATO-Jubiläum laufen auf Hochtouren. Anfang April 2009 will die NATO in Strasbourg und Baden-Baden ihr 60. Jubiläum feiern. Sie beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden, das wie das bisherige der Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den ungehinderten Zugang zu den Rohstoff- und Energievorräten der Welt mit militärischer Gewalt zu sichern versucht. Polizei und Militär werden den Nato-Gipfel, der vom massiv abschirmen und zeigen, wieweit die Militäreinsätze im Inneren schon gehen.

Aber auch die Friedensbewegung macht international mobil in Vorbereitung auf 60 Jahre NATO. Schon im Vorfeld werden zahlreiche Aktionen stattfinden: Demonstrationen, Konferenzen, Camps, Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams. Die Demonstration gegen die Münchener Sicherheitskonferenz war ein erster Höhepunkt der Aktionen der Friedensbewegung.

Die Friedensbewegung erklärte im Aufruf „Nein zum Krieg! Nein zur Nato!“ unter anderem:

„Wir können und dürfen die Augen vor den verheerenden Folgen dieser Politik nicht verschließen. Sie steht für die Enttabuisierung des Militärischen in unserer Gesellschaft. Sie steht für Krieg, Verschleuderung von Ressourcen, Sozialabbau und steigende Rüstungsetats. Sie steht für eine aggressive Ideologie der Feindbilder und eine Einschränkung von Freiheitsrechten.

Weltweit lehnt die Mehrheit der Menschen Kriege ab. Das Ende der NATO, ein Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan und anderen Regionen und eine Abkehr von der Militarisierung Europas wären Schritte zu einer friedlichen Welt.“

Auf den Ostermärschen – eine Woche nach dem Nato-Jubiläum - wird auch in diesem Jahr das Nein zum Krieg, zur NATO, zur Aufrüstung, zur Militarisierung der EU und der Bundesrepublik, zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Mittelpunkt stehen.

Wir sollten jetzt überlegen: Wie bereiten wir diese Aktionen so vor, dass wir als DKP uns nicht nur zahlenmäßig gut beteiligen, sondern auch mit Losungen deutlich sichtbar werden?

Am 14. Februar gab es in Dresden große Protestaktionen gegen Faschisten, die nicht vor allem durch das Auftreten von Politikern der Bundestagsparteien geprägt wurden, sondern durch Bürgerproteste. Gegen einen Aufmarsch von etwa 6 000 Neofaschisten aus ganz Europa anlässlich des 64. Jahrestages der Zerstörung der Stadt durch US-amerikanische und britischer Bomber gingen mehr als 15 000 Menschen auf die Straße, darunter Genossinnen und Genossen unserer Partei. Dabei wurde eine Demonstration des Bündnisses „No Pasaran“, einer Demonstration junger Antifaschistinnen und Antifaschisten mit mehreren Tausend Teilnehmern, an der ebenfalls Mitglieder der DKP teilnahmen, durch die Polizei massiv bedroht und so angegriffen, dass sie aufgelöst werden musste.

Trotz breiter Gegenwehr gegen den neofaschistischen Aufmarsch: Es waren viel zu wenige, die sich angesichts der vielen Leute, die mit ihren Wochenendeinkäufen durch den Nazi-Aufmarsch spazierten, zum Protest versammelten.

Politik, Justiz und Polizei haben an diesem Tag zudem dafür gesorgt, dass es den Faschisten am 14. Februar 2009 gelang, den nach 1945 größten faschistischen Aufmarsch in der Bundesrepublik durchzuführen. Wir sollten in diesem Zusammenhang – und vor allem auch in diesem Jahr - immer wieder darauf verweisen, dass so etwas in der antifaschistischen DDR undenkbar gewesen wäre.

Genossen, die vor Ort waren, sind der Meinung: Zum 65. Jahrestag des alliierten Bombenangriffes auf Dresden im Jahr 2010 werden die Faschisten europaweit noch stärker mobilisieren. Dem kann man nur entgegentreten, wenn die verschiedenen antifaschistischen Aktionsbündnisse zusammenarbeiten, frühzeitig gemeinsame Aktionen planen und viel mehr Menschen in Dresden selbst aktiv werden.

Lasst uns dafür aktiv werden und auch dafür sorgen, die Breite des antifaschistischen Bündnisses zu erweitern!

In den bürgerlichen Medien wurde die Vorgänge in Dresden erst dann tatsächlich skandalisiert, als eine Gruppe Neofaschisten auf der Heimreise auf einer Raststätte Gewerkschafter, Mitglieder der Partei „Die Linke“ und der Friedensbewegung überfiel und fünf verletzte. Auch andere Gegendemonstranten wurden auf dem Weg nach Dresden oder nach Hause von Neofaschisten attackiert.

Sie werden – wie wir auch sicher darüber nachdenken -, warum in die Herrschenden in diesem Land und vor allem in Sachsen in der Krise den Aufmarsch der Faschisten legalisierten. Als gäbe es die Erfahrungen der deutschen Geschichte und vor allem der Zeit von 1933 bis 1945 nicht.

Das macht nur Sinn, wenn man diese Leute mit ihrer sozialen Demagogie, mit menschenverachtenden und verfassungsfeindlichen Parolen sowie Gewalt gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten braucht, um ein Gewaltpotential gegen linken Widerstand zu haben bzw. gegebenenfalls auch neue Anlässe zur Verschärfung von Gesetzen der so genannten „Inneren Sicherheit“ zu erhalten.

Wir unterstützen nicht nur deshalb die Kampagne NONPD und die neue Kampagne der VVN/BdA und bleiben bei unserer Forderung nach der Auflösung und dem Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Parteien und Organisationen entsprechend Artikel 139 GG! Das schließt die offensive

gesellschaftliche Auseinandersetzung mit rechtskonservativen, mit rassistischen, menschenverachtenden und somit auch faschistischen Positionen ein.

Wenn aber in den Schulen die Geschichtslehrpläne zusammengestrichen werden, dem angeblichen Unrecht der DDR mehr Raum eingeräumt wird als den Menschheitsverbrechen der faschistischen Herrschaft in Deutschland, wenn die Rolle der Herren der Banken, Versicherungen und der Industrie im Zusammenhang mit der faschistischen Herrschaft völlig ausgeblendet wird, wenn zudem in diesem Zusammenhang die unheilvollen Kontinuitäten der Bundesrepublik verschwiegen werden, dann sind Widerstand und Aufklärung angesagt!

DKP und SDAJ sollten meines Erachtens in diesem Zusammenhang – in Abstimmung mit der VVN/BdA - über eine gemeinsame Aufklärungskampagne nachdenken, die über ein Tribunal oder Hearing zum NPD-Verbot hinausgeht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Viele von uns erlebten am 10. Januar den erfolgreichen und kämpferischen Jahresauftakt unserer Partei mit der Lenin-Luxemburg-Liebknecht-Veranstaltung im Kino Babylon, bei dem wir auf die Notwendigkeit breiter außerparlamentarischen Widerstandsaktionen sowie – in der Tradition unserer Bewegung – auf die internationale Solidarität der Kommunistinnen und Kommunisten orientierten. Wir erlebten ein bewegendes Kulturprogramm, für das wir noch einmal Erich Schaffner und Jane Zahn herzlich danken wollen. Wir bedanken uns gleichfalls noch einmal bei den Helferinnen und Helfern sowie Ordnern.

Wir konnten anlässlich des 50. Jahrestags der kubanischen Revolution die Genossin Georgina Alfonso Gonzales begrüßen. Genosse Jorgos Mandikos von der KKE wandte sich wie die Vertreter der DKP und der SDAJ gegen den Krieg Israels gegen die Palästinenser. Euch wird dabei aber auch der Konflikt mit dem Genossen der SDAJ nicht entgangen sein, der uns zu einer anderen Bündnispolitik aufforderte.

Dabei brauchen wir gerade in der heutigen Situation die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen linken und demokratischen Kräften, in gesellschaftlichen Bewegungen. Und müssen gleichzeitig unsere eigenen Positionen und unsere Partei weiterentwickeln, stärken. Beides gehört zusammen. Das entspricht der Tradition unserer Partei wie unserem politischen Selbstverständnis, das wir nicht zuletzt im Programm unserer Partei formuliert haben.

Am nächsten Tag nahmen allein an der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Rahmen des Gedenkens an Rosa und Karl weit mehr als 10 000 Menschen teil. Es war eine junge sowie – mehr als je zuvor - vor allem internationalistische Demonstration. Die DKP war in der Demonstration deutlich sichtbar mit Transparenten und Fahnen. Wir trugen dazu bei, dass die Demonstration zum Erfolg wurde. Zu erwähnen ist, dass 400 UZ verkauft werden konnten.

Am Vortag der Demonstration hatten wir in Berlin aber auch unsere Bundeswahlkonferenz zu den Wahlen zum EU-Parlament. Nach kontroverser Debatte erhielten die Orientierungen des Parteivorstandes eine deutliche Mehrheit. Der Antrag des Parteivorstandes zur Wahlbeteiligung, zur Wahlplattform und den Forderungen unserer Partei zu diesen Wahlen, in die Vorschläge aus vielen DKP-Gliederungen einfließen, wurde von einer übergroßen Mehrheit der Delegierten bestätigt. Ebenso wurde die Liste unserer 31 Kandidatinnen und Kandidaten bestätigt.

Nach der Bundeswahlkonferenz gibt es erste sehr gute Ergebnisse bei der Sammlung von Unterstützerunterschriften für unsere Kandidatur zu den EU-Parlamentswahlen. Genossinnen und Genossen berichten davon, dass es in einigen Regionen in den alten wie den neuen Bundesländern auch Mitglieder der Partei „Die Linke“ für uns unterschreiben. Andere haben aber auch ganz andere, negative Erfahrungen.

Wir sollten jetzt trotzdem überall dafür sorgen, die Sammlung der Unterstützerunterschriften bis Mitte März erfolgreich abzuschließen. Vor allem sollten diese Aktionen auch genutzt werden, um Leute zu den kommenden Aktionen, dem Ostermarsch, den Demonstrationen am 28. März, den Aktionen gegen die Nato und anderen zu mobilisieren.

Dabei ist es selbstverständlich für Kommunistinnen und Kommunisten, dass wir in diesem Zusammenhang offensiv unsere beschlossenen Positionen zur Einschätzung der Krise, zur EU, gegen die NATO und die weitere Militarisierung der EU wie der Bundesrepublik, gegen den Abbau demokratischer Grundrechte wie der zunehmenden Überwachung und der Einschränkungen des Versammlungsrechtes vertreten und verbreiten.

Angelaufen sind auch die Vorbereitungen für die Kommunalwahlkämpfe. Die Kommunalwahlen in NRW werden – nach Gerichtsbeschluss - jetzt erst im Herbst stattfinden. Das bedeutet sicher, dass vor Ort noch mehr Arbeit geleistet und auch das Pressefest der UZ, unser Fest der Solidarität, im Juni genutzt werden muss um unsere Mandate zu sichern und – wenn möglich – weiter auszubauen.

Wir sollten überall um die konsequente Umsetzung der Beschlüsse unserer Bundeswahlkonferenz ringen und alle kommenden Aktionen nutzen um die Positionen der DKP deutlich zu machen, die Wahlplattform und Forderungen in die Öffentlichkeit bringen. Das bedeutet auch, die zentralen Wahlkampfmaterialien wie die UZ-Extras zur Krise, zum Nato-Jubiläum und zum 1. Mai zu nutzen.

Überall dort, wo Menschen in Bewegung und wir zur Formierung von Gegenwehr der außerparlamentarischen Opposition aktiv sind, wo wir in Bündnissen aktiv und bei Aktionen dabei sind, wo wir selbst mit Veranstaltungen, Infoständen usw. Leute ansprechen, melden sich Genossinnen und Genossen, meldet sich die DKP nicht nur jetzt, sondern schon lange, seit mehr als 40 Jahren – völlig unabhängig von irgendwelchen bürgerlichen Wahlen - zu Wort. Denn wie bereits gesagt: Die Verhältnisse werden im Interesse der Mehrheit der Menschen nur über gesellschaftliche Auseinandersetzungen und mit einer stärkeren außerparlamentarischen Bewegung veränderbar.

Wir versuchen also, auch wenn das mit unseren bescheidenen Kräften schwer genug ist, zu erfüllen, was Lenin in seiner Schrift „Der Linke Radikalismus“ anmahnte:

„Es ist nicht schwer, dann ein Revolutionär zu sein, wenn die Revolution bereits ausgebrochen und entbrannt ist ... Viel schwerer - und viel wertvoller - ist, dass man es versteht, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf noch nicht vorhanden sind, dass man es versteht, die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) in nicht revolutionären, oft sogar direkt reaktionären Institutionen, in einer nichtrevolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten ...“

In den Arbeitsvorhaben 2008 / 2009 „Die DKP im Kampf gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau. Profil schärfen – DKP stärken!“ heißt es in dieser Tradition und auf der Grundlage des beschlossenen Parteiprogramms unter anderem:

„Die Aufgabe der DKP liegt v. a. in der Erarbeitung politischer Strategien zur Entwicklung von Widerstand und der Durchsetzung progressiver Reformen sowie der Förderung der dafür notwendigen Kämpfe. Dabei kann und will die DKP nicht stellvertretend handeln. Die arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen, die Jugend, die Rentner, müssen selbst für ihre Interessen aktiv werden. Deshalb stehen der außerparlamentarische Kampf und die Stärkung der Organisiertheit der Arbeiterbewegung und der sozialen Bewegungen im Zentrum unserer Tätigkeit. Als Teil der Bewegung wirkt die DKP für die Entwicklung der Bewegungen, d. h. insbesondere, dass Kommunistinnen und Kommunisten

- § aktiv zur Entwicklung einer Betriebs- und Gewerkschaftspolitik beitragen, die sich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert;
- § ihre praktische und theoretische Mitarbeit in den Bewegungen verstärken, vor allem in der globalisierungskritischen Bewegung, der Friedensbewegung, den antifaschistischen Initiativen;
- § sich für die Vernetzung und Zusammenarbeit der Bewegungen, vor allem in Form der Sozialforen, einsetzen;
- § sich in der Organisationen übergreifenden Vernetzung antikapitalistischer und marxistischer Kräfte engagieren.

In den sozialen und politischen Auseinandersetzungen muss die DKP zu der Erkenntnis beitragen, dass ein Politikwechsel ohne Eingriffe in die monopolistischen Eigentums- und Verfügungsrechte nicht zu haben ist, und dass der Kapitalismus überwunden werden muss, weil im Kapitalismus keines der Probleme der arbeitenden Menschen gelöst werden kann“.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei allen guten Ergebnissen mancher Gliederungen der Partei im Kommunalwahlkampf bzw. beim Sammeln von Unterstützerunterschriften für unserer Kandidatur zu den EU-Parlamentswahlen sowie zunehmenden Aktivitäten von Gliederungen und Mitgliedern unserer Partei haben wir große Sorgen,

dass wir als Partei bundesweit eben nicht mit unseren beschlossenen Positionen einheitlich agieren, dass sich Gegenpositionen weiter verfestigen.

Bestehende Differenzen wurden auch auf der Bundeswahlkonferenz deutlich. Und dies hat sich – trotz der eindeutigen Beschlüsse der Konferenz am 10. Januar - auch danach nicht geändert, wie Leserbriefe an die UZ, aber auch der von einer Reihe Genossinnen und Genossen unterschriebene „Offene Brief“ an Heinz Stehr, der Euch vorliegt, deutlich machen.

Es geht

1. zum wiederholten Mal um unser Parteiprogramm, um lange diskutierte und beschlossene Positionen und damit Orientierungen. Wieder wird behauptet, unser Programm stelle einen Kompromiss dar. Um es zum xten Mal hervorzuheben. Unser Parteiprogramm haben wir uns hart erarbeitet und einen Konsens gefunden. Konsens aber bedeutet: Übereinstimmung, übereinstimmender Meinung sein. In grundsätzlichen politischen wie weltanschaulichen Positionen. So wie das Programm und Statut von jedem Kommunisten, jeder Kommunistin fordert, wie es zum Selbstverständnis einer kommunistischen Partei gehört.

Dabei hat es in Einzelfragen auch Kompromisse gegeben, weil gerade auch die objektive Entwicklung noch keine abschließende und vollständige Analyse ermöglicht. Die damit zusammenhängenden Probleme müssen wissenschaftlich analysiert werden. Wir sollten dabei verstärkt die Diskussion mit marxistischen Wissenschaftlern und Fachleuten, vor allem im Rahmen der Marx-Engels-Stiftung, organisieren.

2. Um bekannte Positionen zur EU und zur Europäischen Linkspartei. Als würde es die Beschlüsse der 1. Tagung des 18. Parteitages und der Bundeswahlkonferenz nicht geben.
3. Wird die Wahlpolitik nicht in die Gesamtstrategie der Partei eingeordnet.

Liebe Genossinnen und Genossen,

welchen Stellenwert hat nicht nur in der heutigen Situation, in der es gilt, Kämpfe in der Krise zu organisieren, unsere Wahlpolitik? Wie steht sie im Verhältnis zu der im Programm der DKP beschlossenen Strategie zur grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung in Richtung Sozialismus?

1. Ob und wie sich eine kommunistische Partei an bürgerlichen Wahlen beteiligt hängt ab von den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen und vor allem den politischen Konstellationen. Wahlpolitik hat aber keine Eigenständigkeit, unabhängig von der Gesamtpolitik der Partei. Dieses Vorgehen hat auch etwas mit historischen Erfahrungen zu tun.
2. Wahlpolitik muss deshalb eingeordnet werden in die Gesamtstrategie der DKP zur Sammlung und Formierung von außerparlamentarischen, breiten Gegenkräften – vor allem in der Arbeiterklasse, aber auch unter Verbündeten - zur Abwehr von Sozialraub, Demokratieabbau, Kriegspolitik. Ziel ist es, das Kräfteverhältnis zu verändern um in einem Prozess einen grundlegenden, revolutionären Bruch mit den bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnissen, um Sozialismus durchzusetzen.
3. Natürlich haben dann die Positionen, Plattformen, Forderungen, mit denen eine kommunistische Partei in Wahlkämpfe geht, etwas mit dieser Strategie und der konkreten gesellschaftlichen Situation zu tun. Das heißt für uns: Grundlage sind das auf der 2. Tagung des 17. Parteitages der DKP beschlossene Parteiprogramm und die beschlossenen Arbeitsvorhaben 2008/2009 sowie anderen Beschlüssen.

Das sind Wahrheiten, die wir oft genug diskutiert haben.

Wie sollten wir aber jetzt zu den Bundestagswahlen vorgehen? Was ist die beste Lösung? Womit sorgen wir am Besten dafür, Kräfte der Veränderung zu mobilisieren und zu organisieren?

Lasst uns das jetzt klug und intensiv diskutieren. Auf jeden Fall werden wir mit vom PV beschlossenen bundesweit gültigen Wahlaussagen einheitlich auftreten. Nach der Diskussion in der Partei sollten wir diese auf der nächsten PV-Tagung Mitte Mai beschließen.

Womit sorgen wir dafür, dass wir auch als DKP stärker werden, Mitglieder und Abos für die UZ gewinnen? Ich meine nicht, dass uns das gelingt, wenn wir elitär auftreten, sondern nur wenn wir ein alle anderen mit anstoßender, bewegender Teil des Widerstands sind. Ich meine nicht, dass uns das gelingt, wenn einige Genossinnen und Genossen die Partei „Die Linke“ plötzlich als unseren Hauptgegner betrachten.

Der bleiben nach wie vor das Großkapital und seine politischen Vertreter, das bleiben zugleich alle antiemanzipatorischen, reaktionären und faschistischen Kräfte!

Welche Varianten unserer Wahlbeteiligung sind möglich?

Erstens eine bundesweite Kandidatur mit Landeslisten und möglichst vielen Wahlkreiskandidaturen.

Entsprechende Anträge gab es bereits zur Bundeswahlkonferenz zu den EU-Wahlen.

Auf der Bezirksvorsitzendenberatung am 30. Januar stellte sich jedoch heraus, dass dies in einer ganzen Reihe von Bezirken anders gesehen wird: Gründe sind dafür, dass viele Genossinnen und Genossen meinen, ein solches Vorgehen wäre im Bereich unserer Bündnispartner nicht zu vermitteln. Auch aus organisatorischen und finanziellen Gründen und aufgrund vieler anderer politischer Aufgaben wäre eine Kandidatur mit einer Landesliste bei ihnen nicht möglich.

Kandidaturen wäre demnach schon aufgrund dieser Situation gar nicht flächendeckend realisierbar.

Zweitens hatte das Sekretariat des Parteivorstandes schon sehr frühzeitig auch zu den Bundestagswahlen eine Eigenkandidatur vorgeschlagen: Aufgrund der besonderen politischen Situation haben wir eine Landeslistenkandidatur – unabhängig von weiteren Kandidaturen in anderen Bundesländern - für Berlin favorisiert.

Dafür gäbe es auch noch jetzt gute Gründe: Die DKP könnte dort im Wahlkampf noch besser als eindeutige Systemopposition, aktive Kraft in den gesellschaftlichen Bewegungen und als antifaschistische Kraft wahrgenommen werden, die Leute ansprechen und politisch überzeugen kann. In Berlin wäre es aufgrund dieser Situation auch möglich, bei Bündelung der Kräfte der Partei einen Achtungserfolg bei den Bundestagswahlen und für die DKP einen wahlpolitischen Platz auch bei bundesweiten Wahlen zu erringen.

Dabei wurden andere Landeslisten- oder Wahlkreiskandidaturen gar nicht abgelehnt.

Eine solche Kandidatur in Berlin, die durch die gesamte Partei unterstützt würde, würde politisch aber zugleich jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn in diesem Wahlkampf auch in Berlin die authentischen, beschlossenen Positionen der DKP deutlich vertreten würden.

Bei unserem Gespräch mit dem Berliner Landesvorstand am 13. Februar zweifelten jedoch zunächst einige Mitglieder des Berliner Vorstandes an, dass der Parteivorstand überhaupt das Recht hat, ein Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen mit bundesweiter Gültigkeit für alle Gliederungen der DKP aufzustellen. Zudem wurde eine Kandidatur von „Nichtberlinern“ abgelehnt. Die wären in Berlin nicht bekannt.

Wir konnten uns nicht auf Gemeinsamkeiten verständigen.

Auf der Landesvorstandstagung am Tag danach wurde beschlossen, der Berliner Organisation vorzuschlagen, nur mit Direktkandidaten in den Wahlkreisen anzutreten.

Auf der anderen Seite hält der Berliner Landesvorstand offenbar nach wie vor daran fest, die Partei müsse in möglichst vielen Bundesländern mit Landeslisten antreten.

Wir müssen uns heute entscheiden, ob der Parteivorstand es so sieht, dass eine Kandidatur mit einer Landesliste in Berlin nach wie vor politisch sinnvoll wäre.

Wenn wir das so sehen, dann sollten wir die Genossinnen und Genossen aus Berlin bitten, ihre Position bis zu unserer nächsten Parteivorstandstagung noch einmal zu diskutieren. In diesem Fall könnten wir dann erst auf der 6. Parteivorstandstagung Mitte Mai eine Entscheidung treffen.

Daraus könnte sich **Drittens** ergeben, möglicherweise völlig auf Landeslisten zu verzichten und auf Kandidaturen in ausgewählten Wahlkreisen zu orientieren.

Viertens wäre es möglich, mit unseren politischen Positionen aktiv in den Bundestagswahlkampf einzugreifen, auf eine Eigenkandidatur aber zu verzichten. Nicht unbedingt ist damit eine Wahlempfehlung, die sowieso nicht ohne Berücksichtigung der konkreten politischen Situation und von Inhalten möglich wäre, verbunden.

Wie gesagt: Ich nenne Varianten. Lasst uns dies jetzt diskutieren und alle Möglichkeiten abwägen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir arbeiten in den gesellschaftlichen Bündnissen mit Mitgliedern der Partei „Die Linke“, mit Sozialdemokraten, Antiglobalisierungsgegnern und vielen anderen zusammen um das Kräfteverhältnis zu verändern und Wege zur gesellschaftlichen Veränderungen zu öffnen.

Lasst uns aktiv in den außerparlamentarischen Bewegungen, vor allem in Betrieben und Gewerkschaften wirken. Eine Beschäftigung nur mit uns selbst nutzt niemandem und wird auch nicht zur Stärkung unserer Partei beitragen.

Lasst uns aktiv arbeiten, damit die nächsten politischen Schwerpunkten – zunächst die Aktionen am 28. März 2009 und die Ostermärsche – zum Erfolg werden. Die Vorbereitungen zu den Protesten gegen die Nato-Feier im April in Straßburg/Baden-Baden und zu den Ostermärschen sind in vollem Gange.

Am 1. Mai orientieren wir darauf, auf den Gewerkschaftsdemonstrationen eindeutig ein Signal zum Widerstand in der Krise zu setzen. An diesem Tag planen aber auch Neofaschisten – beispielsweise in Berlin und Hannover – Aufmärsche.

Weitere Aktionen wie am 16. Mai stehen bevor.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament und auf kommunaler Ebene wie auch die antifaschistischen Aktionen können zur Politisierung und Mobilisierung der Bevölkerung beitragen.

Und wir sind mitten in der Vorbereitung unseres Pressefestes der UZ – Fest der Solidarität, auf dem wir nicht nur gemeinsam mit anderen feiern, sondern auch darüber diskutieren wollen, wie die Kämpfe in der Krise zu organisieren sind und welche Vorstellungen zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wir haben.

Aber dabei sollten wir nicht vergessen, dass wir mit unserem Pressefest vor allem ein Volksfest organisieren wollen, mit dem wir möglichst viele Menschen erreichen, ansprechen können.

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

28. Februar / 1. März 2009, Essen

Beschluss

Der DKP Parteivorstand beschließt:

- Um in der Entscheidung, zur Konzentration auf die Beteiligung zur Bundestragswahl mit einer Landesliste in Berlin zu kandidieren, das Votum der Berliner Landesorganisation am 27.03. abzuwarten, werden die Anträge zur Beteiligung an der Bundestagswahl auf die 6. Tagung am 15/16 Mai vertagt.
- Das Programm: „Eckpunkte zur Bundestagswahl“ wird ebenfalls von der 6. PV Tagung entschieden.
- Änderungsvorschläge sind an die Redaktionskommission unter der Leitung von der Genossin Nina Hager (Adresse des PV) bis zum 15.April zu senden.

(Beschlossen mit 22 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Entwurf

Eckpunkte zu den Bundestagswahlen 2009

Kapitalismus, Krise, Konjunkturprogramm – nein Sozialismus, gesellschaftlicher Fortschritt und Frieden – ja

Präambel

Im September 2008 war die Welt noch in Ordnung – so schien es. Ab Oktober 2008 wurde mehr und mehr klar: Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der größten Krise seit der Weltwirtschaftskrise 1929.

Plötzlich waren aber auch Milliarden da um für die Banken und Großkonzerne einen Rettungsschirm von 500 Milliarden Euro aufzuspannen. Konjunkturprogramme von zunächst 18 Milliarden und jetzt 50 Milliarden Euro sollen Industrie und Banken helfen, die Krise zu überwinden.

Allein die Bevölkerung zahlt die Investitionen für das Großkapital, das sich in den Jahren zuvor jährlich neu „goldene Nasen“ verdiente. Sie muss bezahlen für Manager wie Josef Ackermann, der die Rendite der Deutschen Bank auf 25 Prozent treiben wollte. Dazu waren Finanzspekulationen jeder Art legitim, ... eben auch mit Spareinlagen kleinerer und mittlerer Unternehmen, von Menschen aus der Arbeiterklasse. Die Spekulationsblasen platzten zunächst in den USA. Es gab eine Kettenreaktion. Bis heute ist nicht klar, welches Ausmaß die Krise wirklich hat, geschweige denn, dass diskutiert wurde, welche Folgen die Umwälzung der Krisenlasten auf die Mehrheit der Bevölkerung haben wird.

Die Schuldigen werden unter einigen Managern ausgemacht, obwohl es doch das System des Kapitalismus selbst ist, das auf der Jagd nach dem Maximalprofit keinerlei moralische, ethische, politische oder ökonomische Grenzen im Interesse der gesamten Gesellschaft anerkennt. Es zählt allein der Profit. In Folge dieser Krise entwickelt sich selbst in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern Armut in einem seit vielen Jahrzehnten nicht mehr erlebten Ausmaß. Jedes vierte Kind in der Bundesrepublik Deutschland muss heute unter den Bedingungen von Armut groß werden. Suppenküchen gehören längst auch zum Bild jeder Stadt. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die ohne Zukunftschance in diese Gesellschaft entlassen werden, wächst ständig. Mit gravierenden Folgen.

Aber es sind nicht nur diese Folgen der Krise, die die heutige Situation prägen. Der bürgerliche Parlamentarismus selbst ist in einer Krise. Zunehmend mehr Menschen verlieren jeden Respekt und jede Akzeptanz vor Parteien, vor parlamentarischen Systemen und sie repräsentierenden Persönlichkeiten. Skandale häufen sich. Es gibt eine Krise der herrschenden Moral und Ethik. Einige Wenige bereichern sich auf Kosten der Mehrheit. Auch mit kriminellen Methoden.

Die bürgerliche Demokratie wird immer weiter ausgehöhlt. Entscheidungen wie jene über das 500-Milliarden-Programm werden ohne irgendeine Debatte in der Bevölkerung in einer Woche durch das Parlament gepeitscht. Mit dem geplanten Bundeswehreininsatz im Inneren wird auch regierungsoffiziell der Weg zu reaktionären Formen der Machtausübung bereitet.

In einer solchen Situation wirken rechte Parolen und Populisten, weil die Gegenwehr nicht ausreicht. Die Gefahr einer zunehmend reaktionären Entwicklung wächst.

Wir haben es zudem derzeit mit einer sich entwickelnden ökologischen Krise zu tun. Klimawandel, Mangel an Wasser, Zerstörung von natürlichen Ressourcen bedrohen die Lebensgrundlagen von Mensch, Tier und Natur.

Trotz der noch mangelnden Gegenwehr besteht die Möglichkeit, die vielfältigen Krisenerscheinungen zu nutzen, um für Alternativen und Perspektiven zu kämpfen. Zunächst geht es um eine Veränderung des Kräfteverhältnisses, um progressive Politik, Frieden, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen und für gesellschaftlichen Fortschritt zu werben. Diese Entwicklung ist vor allem dann möglich, wenn linke Politik auf außerparlamentarische Bewegungen orientiert und auf Aktivitäten, die in diesem Prozess immer wieder das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellen.

Heute benötigen wir eine durchsetzungsfähige gesellschaftliche Kraft, die sich in gesellschaftlichen Allianzen formiert und auf allen Ebenen des Landes, vor Ort, in der Region, zentral und auch international für eine Veränderung des Kräfteverhältnisses und einen Politikwechsel eintritt. Für diese Politik steht die DKP seit eh und je. Auch dort, wo wir in kommunalen und in Landesparlamenten Kommunistinnen und Kommunisten als Abgeordnete haben, stehen sie vor allem für die enge Bindung an außerparlamentarische Bewegungen, an Gewerkschaften und Belegschaften von Betrieben ein.

Die DKP sieht sich verbündet mit jenen im Land, die heute schon mit großer Mehrheit für die Ablehnung von Hartz IV, der Rente mit 67 oder der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen stehen. Diese Mehrheit politisch wirksam werden zu lassen, muss auch das Ziel der Aktivitäten unserer Partei im Bundestagswahlkampf sein.

Widerstand allein genügt jedoch nicht. Wir treten ein für politische Alternativen, für Perspektiven. Dabei geht es zunächst auch um die Schaffung von mehr Eigentum in öffentlicher Hand, die öffentliche demokratische Kontrolle dieses gesellschaftlichen Eigentums durch Belegschaften, durch die Gewerkschaften, durch die Bevölkerung, durch qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Interesse von Mehrheiten. Dabei geht es vor allem auch um eine Umverteilung zu Lasten der Reichen. Das betrifft das gesamte Steuer- und Abgabensystem, das Kappen aller Privilegien für Wohlhabende. Das Grundgesetz muss endlich wirksam werden. Eigentum muss zu sozialem Verhalten verpflichtet werden.

Zu dieser Politik gehört auch die feste Überzeugung, dass es ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse keine Zukunftslösungen im Sinne der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land und international geben kann.

Das bedeutet: Der Kapitalismus muss überwunden werden. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte um eine künftige Gesellschaftsordnung – aus unserer Sicht ist das der Sozialismus –, in der die wichtigsten Produktionsmittel vergesellschaftet sein müssen, in der die Interessen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Teile der Bevölkerung die politischen Entscheidungen und Leistungen prägen, in der die Gesamtgesellschaft so planmäßig entwickelt wird, dass das, was gesellschaftlich produziert und geschaffen wird, auch zum Vorteil der Menschen und dem Erhalt der natürlichen Bedingungen unserer Existenz eingesetzt werden kann. Nur eine solche Gesellschaft ist in der Lage, im friedlichen Miteinander der Völker dieser Erde eine neue, gerechte Weltordnung zu schaffen, die frei ist von Ausbeutung, Unterdrückung, Neofaschismus und Krieg.

Die DKP fordert im Bundestagswahlkampf 2009:

- I. Die kapitalistische Krise muss überwunden werden, aber nicht durch Konjunkturprogramme und „Schutzschirme“, die nur den Unternehmern und großen Finanzinstituten dienen. Deshalb fordern wir:**

- Die Scheinverstaatlichung weniger Banken, die geplante Subvention einiger Konzerne muss abgelöst werden durch eine Überführung der Großbanken und Großkonzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften, durch die Bevölkerung und demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.
- Die 800.000 Millionäre sollten entsprechend dem Grundgesetz zu einer fünfprozentigen Millionärssteuer herangezogen werden (soziale Verpflichtung des Eigentums).
- Für die öffentlichen Haushalte wird ein sofortiges Zinsmoratorium verkündet. Das würde ermöglichen, die Zinszahlungen für die Schulden der öffentlichen Haushalte, für tatsächliche Beschäftigungsprogramme, die Arbeitsplätze sichern, zu nutzen und um die soziale Situation der größten Teile der Bevölkerung zu verbessern,.
- Die sofortige Wiedereinführung der Vermögenssteuer als weitere Voraussetzung, um ein öffentliches Beschäftigungsprogramm vor allem für junge Menschen zu finanzieren.
- Als Antwort auf die Gefährdung von zunehmend mehr Arbeitsplätzen muss die 35-Stunden-Woche in vollem Umfang bei vollem Lohn- und Personalausgleich durchgesetzt werden. Ziel ist es, die Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf 30 Stunden zu kürzen.
- Ein-Euro-Jobs müssen in Normalarbeitsplätze umgewandelt werden. Und vor allem: Hartz IV muss weg!
- Das Rentenalter muss auf 60 Jahre begrenzt werden. Die Entscheidung der Bundesregierung, das Rentenalter auf 67 Jahre heraufzusetzen, ist ersatzlos zu streichen. Wir benötigen zudem mehr Kündigungsschutz und das Verbot von Massenentlassungen.
- Höhere Löhne, Renten, Ausbildungsvergütungen, mehr Kaufkraft – das schafft mehr Nachfrage, sichert und schafft Arbeitsplätze.
- Die Tatsache, dass zunehmend mehr Beschäftigte trotz Vollbeschäftigung auf Zusatzleistungen des Staates angewiesen sind, muss sofort korrigiert werden. Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütungen und soziale Leistungen müssen mindestens in einer solchen Höhe sein, dass eine Existenz in Würde für die Betroffenen möglich ist.
- Wir fordern in diesem Zusammenhang gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit in Ost und West, für Frauen und Männer. Die Diskriminierung der Menschen in Ostdeutschland bei Arbeitszeiten, Löhnen bzw. Gehältern, bei Renten und Anrechnung von Berechnungszeiten muss endlich beseitigt werden! Die bisherige Praxis hat in vielen Regionen Ostdeutschlands zu einer zunehmenden Verarmung vieler Menschen geführt. Wir fordern in diesem Zusammenhang auch, dass endlich Schluss sein muss mit dem anhaltenden Rentenstrafrecht in Ostdeutschland.
- Statt einer finanziellen Beteiligung der Beschäftigten an den Betrieben, die immer auch mit dem Risiko des Verlustes verbunden ist, fordern wir eine erweiterte Mitbestimmung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften, auch um wirkungsvoll Geschäftspolitik, Investitionspolitik mit zu bestimmen mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen und der Jugend eine qualifizierte Bildung und Ausbildung zu ermöglichen.
- Wir fordern, die volle „paritätische“ Finanzierung für die gesetzlichen Versicherungen sofort wieder herzustellen. Die Wirtschaft muss Zuzahlungen zur Finanzierung der Sozialleistungen erbringen.
- Für alle Sozialversicherungssysteme fordern wir die Rücknahme der Kürzungen, den Ausbau von Leistungen und erworbenen Rechten. Wir fordern umlagefinanzierte statt kapitalgedeckte Versicherungen!
- Das Gesundheitssystem ist so umzubauen, dass es eine maximale Förderung von Kranken zur Überwindung der Krankheiten ermöglicht, ein vorbeugendes Gesundheitssystem für jede und jeden garantiert, kostenlos Medikamente und alle anderen notwendigen Maßnahmen zur Verfügung stellt. Dazu ist eine Voraussetzung, die unbegrenzte Macht der Pharmaindustrie zu brechen.

II. Demokratie, Frieden, Abrüstung, internationale Solidarität

- Schluss mit der grundgesetzwidrigen Politik des weltweiten Einsatzes der Bundeswehr zur Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen des Großkapitals. Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus allen internationalen Konfliktgebieten. Gegen jeden Militäreinsatz, das heißt auch gegen einen Blauhelmeinsatz der Bundeswehr im Ausland. Raus aus der Nato!

- Die Verteidigungspolitischen Richtlinien müssen ersetzt werden durch Richtlinien, die dem Grundgesetz und der UN-Charta entsprechen. Keine neuen Produktionsprogramme für Waffensysteme, die das Ziel haben, die Interventionskraft der Bundeswehr zu erhöhen. Die Rüstungskosten müssen mindestens und sofort um zehn Prozent gekürzt werden.
- Verbot und Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel. Die US-Atomwaffen auf deutschem Boden müssen sofort abgezogen werden. In der Bundesrepublik Deutschland sind Initiativen zu entwickeln, um im Rahmen der Vereinten Nationen Friedenspolitik wirksam durchsetzen zu können, um so das vorhandene politische Potenzial zur Lösung von Konflikten maximal zu nutzen.
- Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Es sind endlich politische, ökonomische und kulturelle Voraussetzungen zu schaffen, dass alle hier lebenden Menschen ihre Verfassungsrechte aktiv wahrnehmen können. Jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Neofaschismus muss wirkungsvoll bekämpft werden. Ein deutliches Signal hierfür wäre das sofortige Verbot und die Auflösung der NPD und aller faschistischen Organisationen. Das entspricht Artikel 139 des Grundgesetzes. Antifaschismus darf nicht länger diskriminiert werden.
- Es müssen Förderungsprogramme entwickelt werden, die es allen Menschen ermöglichen, die Sprache zu lernen, ihre eigene Kultur und Religion zu leben, die eigene Identität zu wahren, sich zu einem solidarischen Teil der Bevölkerung zu entwickeln. Wir benötigen ein Asylrecht. Dazu muss zum Beispiel das Schengener Abkommen der EU gekündigt und durch ein Recht ersetzt werden, das das völkerrechtlich garantierte Grundrecht auf Asyl gewährleistet.
- Für alle hier lebenden Menschen ist zu garantieren, dass sie gleiche soziale, politische und kulturelle Rechte wahrnehmen können. Dazu gehört auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht.
- Alle Maßnahmen der so genannten Antiterrorgesetzgebung sind zu überprüfen und aufzuheben. Das Grundgesetz ist wieder herzustellen. Auf dieser Grundlage sind alle Vorhaben zu stoppen, die darauf abzielen, den politischen Charakter der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland reaktionär zu verändern.
- Wir fordern zudem, alle „Schäuble“-Gesetze auszusetzen, die aus der BRD mehr und mehr einen reaktionären Überwachungsstaat machen sollen, Bespitzelung und die Einschränkung vieler Grundrechte bedeuten.

III. Die Rechte der Frauen stärken – Chancen für die Zukunft der jungen Generation garantieren

- Die grundgesetzlichen Festlegungen nach Gleichheit der Geschlechter muss Realität werden. Das heißt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen, Aufstiegschancen für Frauen in Beruf und Gesellschaft, eine Garantie für soziale Leistungen, die es allen Frauen ermöglicht zu arbeiten und sich gesellschaftlich zu betätigen. Frauen und auch Männer müssen die freie Wahl haben, ob und wie sie als Mütter und Väter ihr Erwerbsleben ändern wollen. Kindererziehung und damit die Reproduktion der Gesellschaft sind nicht nur ein Privatvergnügen, sondern auch eine staatliche bzw. gesellschaftliche Aufgabe, dazu muss die Erziehungsgeldregelung geändert werden und vor allem Einkommensschwachen helfen.
- Um zu einer wirklichen Gleichberechtigung zu gelangen, sind spezielle Förderprogramme, Quotierungsrichtlinien, die Durchsetzung sozialer Leistungen unabdingbar. Sie müssen auf allen Ebenen – in den Kommunen, Kreisen, Ländern und im Bundesmaßstab – kontrollierbar durchgesetzt werden.
- Bildung und Ausbildung sind Menschenrechte. Das gehört derzeit noch zu den Grundwerten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Den gesetzlichen Bestimmungen muss endlich Rechnung getragen werden durch eine Garantie kostenloser Bildung und Ausbildung für alle jungen Menschen. Dazu sind gesetzliche Maßnahmen zu schaffen, die sichern, dass alle die bestmögliche Schulform besuchen bzw. einen Ausbildungsplatz im gewünschten Beruf erhalten können. Horte und Kindergärten müssen gefördert werden und generell kostenfrei für Eltern sein.
- Gerade der jungen Generation muss ein Übergang von Schule, Studium bzw. Berufsausbildung ins Arbeitsleben ermöglicht werden. Sie soll selbstbestimmt die eigene Zukunft planen und entwickeln können. Dazu gehört die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis nach dem erlernten Beruf oder nach Studium und Schulbesuch.

- Ein Schulsystem, das den Anforderungen von heute und der Zukunft gerecht wird, kann nur als Grundlage eine polytechnisch integrierte Gesamtschule als Regelschule haben. Die gesamte Bildung und Ausbildung muss einen anderen gesellschaftlichen Stellenwert und eine andere finanzielle Unterstützung erhalten.
- Die Lehrerausbildung ist zu qualifizieren, mehr Lehrerinnen und Lehrer für die notwendigen Aufgaben in der Bildungspolitik sind zu gewinnen.
- Im Hochschulbereich sind alle Formen von Studiengebühren und Kostenbeteiligungen sofort aufzuheben. Das ist auch eine wesentliche Voraussetzung, um Kindern aus Arbeiterfamilien ein Studium zu ermöglichen. Die Bafög-Regelungen müssen so gestaltet werden, dass Kinder aus Arbeiterfamilien gefördert werden. Alle Rückzahlungsregelungen sind aufzuheben.
- Die Hochschulen und Universitäten des Landes müssen darüber hinaus Bedingungen schaffen, die möglichst allen Studierenden einen Abschluss in der Regelstudienzeit ermöglichen. Lehrinhalte, Formen der Vermittlung von Wissen, demokratische Beteiligung der Studierenden sowie Strukturen müssen dem Bildungsauftrag und den heutigen und zukünftigen Herausforderungen entsprechen, die an Forschung und Wissenschaft gestellt sind. Bildung und Ausbildung dürfen nicht noch mehr den Profitwünschen des Kapitals unterworfen werden. Sie müssen das Ziel haben, den jungen Menschen die Chance zu eröffnen, ein Leben in Würde, Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Verantwortung zu führen.

IV. Bundestagswahl 2009 – und wie weiter?

Die DKP ist nach wie vor für die Zusammenführung aller linken Kräfte, um durch außerparlamentarische Bewegungen und gesellschaftliche Allianzen die politischen Verhältnisse zu mehr Friedenspolitik, zu sozialer Gerechtigkeit, mehr Demokratie, gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Faschismus zu verändern.

Zu diesen Bundestagswahlen wäre eine Bündelung aller linken Kräfte unter einem gemeinsamen Programm und einer Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten aus unterschiedlichen Spektren, Bewegungen und Parteien das Sinnvollste und Richtigeste gewesen.

Dies ist einerseits verhindert worden durch wahlpolitische Richtlinien der Bundesregierung, die zum Beispiel eine Kandidatur von Mitgliedern einer Partei auf den Listen einer anderen Partei verbietet. Andererseits hat die Partei Die Linke für sich beschlossen, dass auf ihren Listen zu den Europawahlen, zu Bundestags- und Landtagswahlen nur Mitglieder der PDL bzw. Kandidatinnen und Kandidaten kandidieren dürfen, die keiner anderen Partei angehören.

Diese Situation führt dazu, dass es leider nicht zu einem umfassenden Dialog in der Linken zum Herangehen an die Bundestagswahlen oder auch an die EU-Parlamentswahlen 2009 gekommen ist. Statt einer Verständigung über gemeinsam zu erkämpfende Ziele und Forderungen entwickelt sich Aus- und Abgrenzung.

Die DKP wird trotzdem weiterhin auch für die Bündelung der Kräfte im parlamentarischen Rahmen eintreten. Unsere Kandidatur zu den Bundestagswahlen bedeutet: Wir orientieren vor allem auf die Auseinandersetzung mit jenen herrschenden ökonomischen sowie politischen Kräften, die die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich bestimmen.

Das ist das Großkapital, das sind die großen Banken, Industriekonzerne, die direkt und indirekt die politischen Entscheidungen der Bundesregierung und von Landesregierungen sowie auch vor Ort bestimmen. Ihre Macht gilt es zurückzudrängen und letztendlich zu überwinden. Entsprechend sind als Parteien jene, die auf deren Seite stehen und die neoliberale Großkoalition ausmachen, unsere Gegner. Zu ihnen zählen die CDU/CSU, die FDP, auch die bestimmenden politischen Kräfte und der bestimmende Teil der Partei der SPD und der Grünen, die ebenfalls weitgehend eine Politik im neoliberalen Grundkonsens betreiben.

Die DKP fühlt sich nach wie vor solidarisch verbunden mit großen Teilen der Mitgliedschaft der Partei „Die Linke“, so weit sie antikapitalistische Politik vertreten und ohne Wenn und Aber für eine wirkungsvolle Friedenspolitik, entsprechend den Forderungen der Friedensbewegung, eintreten. Gleichzeitig setzen wir uns offensiv auseinander auch mit Formen des Antikommunismus in der Partei „Die Linke“, der auch von führenden Vertreterinnen und Vertretern der Partei betrieben wird. Wir kritisieren die Politik der Partei „Die Linke“ vor allem dort, wo sie – wie in Berlin – mit der SPD die Senatsregierung bildet, die im Wesentlichen eine gleiche oder ähnliche Politik vollzieht wie die Parteien des Kapitals in anderen Bundesländern. Wir halten die Aussagen führender Politiker der Linkspartei für falsch, die darauf orientieren, in einem überschaubaren Zeitraum eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD anzustreben.

Die DKP setzt auf Gewerkschaften, außerparlamentarische Bewegungen, vor allem auf die organisierte Arbeiterklasse, die als gesellschaftliche Kraft in der Lage sind, eine solche Gegenmacht zu entwickeln, die letztendlich auch die Voraussetzungen für politische Veränderungsprozesse schafft.

Eine Rückkehr zu mehr Sozialstaatlichkeit der 60-er und 70-er Jahre oder ein keynesianisch gezähmter Kapitalismus sind weder unser Ziel noch halten wir ihn heute für möglich. Globalisierter Kapitalismus und neoliberale Politik und Ideologie bedingen einander.

Um die aktuelle Krise zu überwinden, muss die Macht der Finanzmärkte, der Banken und der Multis eingeschränkt und gebrochen werden. Die sozialen Sicherungssysteme und Rechte sowie die demokratischen Grundrechte sind zu verteidigen, zu erneuern und aufzubauen. Das ist heute nur in Konfrontation mit dem Kapital möglich.

Denn immer offensichtlicher wird die Kluft zwischen der Antriebskraft dieses kapitalistischen Systems, der hemmungslosen Jagd nach Profit und all dem, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit, Umwelt, Demokratie, Solidarität, Entfaltung der Persönlichkeit. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Die Interessen der übergroßen Mehrheit erfordern eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse und Leistungen der Menschen die politischen Entscheidungen prägen.

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

28. Februar / 1. März 2009, Essen

Der offene Brief befindet sich im Anhang dieser Mail und wird mit einer Stellungnahme in der UZ veröffentlicht.

Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP

Zum Brief der 20 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner

Eine bisher nicht so sehr bekannte Form der Diskussion entwickelt sich in der DKP. Es werden Offene Briefe geschrieben. Teilweise werden nicht-offene Briefe verbreitet, die, aus dem Zusammenhang gerissen, so zitiert werden, dass eine gewünschte politische Wirkung erreicht wird. Bisher kannte ich als Hauptmethode auch der innerparteilichen Meinungsbildung vor allem Diskussionen manchmal auch als Meinungsstreit. Ich frage mich: Was soll ein derartiger Brief in dieser Zeit bewirken? Welche Folgen hat ein solcher Brief bzw. welche Folgen soll er haben und was ist der Zweck der erneuten Zuspitzung innerparteilicher Auseinandersetzungen?

Die in dem Brief aufgeworfenen Fragen sind inhaltlich geklärt und entschieden, zum Beispiel durch Beschlussfassung des Parteiprogramms, durch Beschlussfassung des Arbeitsvorhabens, durch den Beschluss des 18. Parteitages zur Internationalen Arbeit, durch die EU-Wahlpolitischen Forderungen der DKP, durch den Initiativantrag zum 18. Parteitag zum Verhältnis der DKP zur Partei Die Linke. In vielen Referaten zu Parteivorstandstagungen, auch zum letzten Parteitag und in Veröffentlichungen in Artikeln sind die Positionen geklärt. Es gibt eindeutige Mehrheiten in der DKP für die beschlossene Politik. Auf diese Mehrheiten und die gefassten Beschlüsse fußt die Politik des Parteivorstandes und des Sekretariats des Parteivorstandes sowie der Vorsitzenden.

Das permanente Neuaufmachen von Themen soll offensichtlich den Eindruck erwecken, als gebe es bisher keine Klärung zu den Problemen, als seien dies offene Fragen. Diese Methode macht nur dann einen Sinn, wenn man politische Inhalte, die beschlossene Positionen der DKP darstellen, verändern will und dafür ständig mobilisiert und Anhängerinnen und Anhänger für die eigene Position organisiert. Der Konsens, ausgedrückt in der Beschlussfassung, und der kollektive Wille, diese Beschlüsse umzusetzen, wird von einigen in Frage gestellt. Neuerdings in Form von öffentliche Fragestellungen an den Parteivorsitzenden, zu denen er sich möglichst schnell äußern muss, obwohl die Fragenden die Antworten zu den aufgeworfenen Problemen kennen. Genossin Nina Hager hat in ihrem Referat zur Parteivorstandstagung erneut zu Aspekten der Parteidiskussion Standpunkte formuliert.

Aus meiner Sicht wird durch dieses Vorgehen die beschlossene Programmatik und Politik in Frage gestellt. Die Nutzung des Begriffes „Kompromiss“ als Kennzeichnung für das Parteiprogramm soll dieses Programm als offen für alternative Positionen darstellen und darauf verweisen, dass es faktisch gar kein Programm gibt, sondern eher eine Diskussionsgrundlage dazu erarbeitet worden ist.

Zu dieser Methode gehört auch, die bei Wahlen mit großer Mehrheit unterstützen Vorsitzenden zu verdächtigen, zum Beispiel im Sinne der Partei Die Linke oder/und der Europäischen Linkspartei die Partei DKP auf den Weg des Reformismus und Opportunismus führen zu wollen. Diese Auseinandersetzung kenne ich seit 20 Jahren. Ich empfinde sie als ehrabschneidend, sie basiert auf Unterstellungen. Objektiv führt diese Debatte erneut vorwiegend zur Selbstbeschäftigung der DKP, gewollt oder ungewollt werden damit vorhandene Chancen zu mehr politischem Einfluss, zur Stärkung der DKP und UZ behindert.

Diese Genossinnen und Genosse nehmen sich das vermeintliche Recht, zu allem und zu jedem Vorgang in der Entwicklung und Umsetzung unserer Politik öffentlich einen Gegenstandspunkt einzunehmen. Dadurch wird die innerparteiliche Demokratie pervertiert. Im Prinzip ist ein Dialog überhaupt nicht gewünscht. Es geht lediglich um die Durchsetzung der eigenen Positionen. Mein Eindruck ist, dass über die Gefahren und über den sehr hohen Preis so einer Art innerparteilicher Auseinandersetzung kaum nachgedacht wird oder dass mögliche Folgen in Kauf genommen werden.

Die Akteure in diesen Parteiauseinandersetzungen sind das eine, das andere sind die Vielzahl der Mitglieder und Sympathisanten der DKP, die durch diese Art und Weise der Auseinandersetzung ver-

unsichert werden. In der öffentlichen Wahrnehmung erleidet die DKP Schaden. Es entsteht letztendlich eine Gefahr für die politische Wirksamkeit der Partei, für den Zusammenhalt in der Partei und es kann sich zu einer Bedrohung für die Einheit der Partei entwickeln.

Neben politischen Unterschieden, die hinlänglich bekannt sind, werde ich auch den Gedanken nicht los, dass manches durch bürgerliche Verhaltensweisen zu erklären ist. Ich meine, dass es eine Tendenz bei einigen Akteuren zu verstärktem Individualismus und zur Pflege von Eitelkeiten gibt. Ich meine feststellen zu können, dass manche politisch-ideologische Mängel kaschiert werden durch eine Form von Arroganz und durch das Benutzen von Kampfpositionen. Jede und jeder von uns sollte überprüfen, ob das nicht auch letztendlich wieder der Partei schadet und sollte an sich arbeiten, um sich politisch-ideologisch zu qualifizieren.

Da es aus meiner Sicht keine Alternative zur gemeinsamen Weiterarbeit in der DKP für alle Genossinnen und Genossen und hoffentlich noch viel mehr gibt, appelliere ich an die Genossinnen und Genossen: Dieser Brief sollte nicht zu einer weiteren Formierung einer Parteiopposition missbraucht werden, zum Beispiel durch die Sammlung von Unterschriften. Es sollte zu keiner Verfestigung hin zu fraktioneller Tätigkeit kommen. Dafür tragen die Organisatoren eine hohe Verantwortung. Es kann in einer kommunistischen Partei keine Alternative dazu geben, auf der Grundlage von Beschlüssen und Programmatik zu arbeiten und zu kämpfen, was immer auch beinhaltet, Politik weiter zu entwickeln bzw. zu korrigieren, wo sie fehlerhaft ist. Wann immer auch politische Fehler auftreten, so werden wir sie gemeinsam korrigieren. Dabei zählen das Argument und die praktische Erfahrung.

Ich fordere die Genossinnen und Genossen auf, sich als gleichberechtigte Mitglieder in die DKP einzureihen und keinen Sonderstatus anzustreben. Ich fordere sie auf, die Verantwortung auch für das Ganze, für die Entwicklung der DKP, der UZ, für die Umsetzung der Beschlussfassung zu übernehmen. Ich fordere sie auf, ihren Beitrag zu leisten, die Partei und die UZ zu stärken, die politischen Chancen gerade in dieser Krisensituation des Kapitalismus zu nutzen.

Vorschlag zum Versachlichen der Diskussion:

Nach meinem Urlaub Veröffentlichung der Position der 20 und einer Position von mir in der UZ. Keine weitere Eskalation. Konzentration der gesamten Partei auf die politischen Herausforderungen:

- Krise des Kapitalismus und ihre Auswirkungen bekämpfen
- Konzentration auf die außerparlamentarischen Kampffelder
- EU-Parlamentswahlen
- Vorbereitung des Pressefestes der UZ - Fest der Solidarität 2009
- Die politische Situation zur Stärkung der DKP und UZ nutzen

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

28. Februar / 1. März 2009, Essen

Beschluss

1. Der Parteivorstand weist den offenen Brief von Patrik Köbele und weiteren 20 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern nach Form und Inhalt zurück.
2. Der Parteivorstand unterstützt die persönliche Erklärung von Heinz Stehr auf der 5. Parteivorstandstagung vom 28. Februar 2009.
3. Der offene Brief, die Erklärung von Heinz Stehr – erweitert durch eine inhaltliche Stellungnahme – und der Beschluss des Parteivorstandes werden in der UZ veröffentlicht.

(Beschlossen mit 22 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

28. Februar / 1. März 2009, Essen

Aufruf zum 28. März

Beschluss:

Dieser Aufruf wird von der Parteivorstandstagung unterstützt. Der Parteivorstand ruft zur Mobilisierung hin zu den Demonstrationen in Frankfurt und Berlin auf. Ebenso soll die Demonstration am 16. Mai des EGB in Berlin unterstützt werden:

Der Aufruf zum 28. März befindet sich im Anhang.

Aufruf „Nein zum Krieg! Nein zur NATO! „

Beschluss:

Der Aufruf „Nein zum Krieg! Nein zur NATO! wird vom Parteivorstand unterstützt. Der Parteivorstand ruft zur Mobilisierung zu den „gemeinsamen, bunten und vielfältigen Aktivitäten gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden“ auf.

Aktueller Aufruf des Vorbereitungskreises „Nein zur NATO 2009“:

Nein zum Krieg! Nein zur NATO!

Sie reden von "Sicherheit" und „Humanität“, doch ihre Politik hat Krieg, Folter und globale Militarisierung zur Folge. Anfang April 2009 will die NATO in Strasbourg und Baden-Baden ihren 60. Geburtstag feiern. Sie beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden, das wie das bisherige der Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den ungehinderten Zugang zu den Rohstoff- und Energievorräten der Welt mit militärischer Gewalt zu sichern versucht. In Zeiten sich verknappender Rohstoffe, einer erstarkenden Weltmarktkonkurrenz durch China, Indien und Russland sowie des steigenden Selbstbewusstseins in Regionen wie z.B. Lateinamerika wächst die Bedeutung dieser Strategie. Die NATO schließt dabei weder Präventivkriege noch den Ersteinsatz von Atomwaffen aus. In der Bundesrepublik lagern US-Atomwaffen im rheinland-pfälzischen Büchel.

Die NATO-Staaten verantworten rund 75% der weltweiten Rüstungsexporte und geben jährlich ca. 900 Mrd. Euro für Rüstung aus. Lediglich 10 Prozent davon würden ausreichen, um die Armut auf der Welt zu halbieren. Das würde in der Tat mehr "Sicherheit" und „Humanität“ bedeuten. Bewusst werden diese immensen Rüstungsausgaben in immer neue Waffensysteme und Rüstung gesteckt, um die Vorherrschaft in der Welt zu sichern.

Der völkerrechtswidrige NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien, die nun erfolgte staatliche Anerkennung des Kosovo und die NATO-Ost-Erweiterung führten und führen zu globalen Spannungen und zur Destabilisierung in Europa. Russland, das sich von der sich immer näher an seine Grenzen vorschiebenden Allianz zunehmend bedroht fühlt, folgt mit seiner Politik in Georgien der fatalen NATO-Logik. Diese Konfrontationslogik droht erneut in einen Kalten Krieg zwischen Russland sowie China und dem Westen zu führen. Die Militarisierung der Europäischen Union ist keine Alternative zur NATO, sondern ebenfalls ein gefährlicher Irrweg.

NATO-Staaten, allen voran die USA, führen weiterhin Krieg im Irak. Deutschland ist mit der US-Airbase in Ramstein die logistische Drehscheibe des Einsatzes. Die weltweiten Kriege, die Folgen des Klimawandels und eine zunehmende Verarmung führen zu immer größeren Flüchtlingsströmen. Die

Antwort der NATO-Staaten und der EU ist eine Abschottungspolitik, die den Tod vieler Flüchtlinge, darunter auch Deserteure, in Kauf nimmt. Im Inneren wird diese Politik flankiert durch die Verabschiedung diskriminierender AusländerInnengesetze und Abschiebungen. Flucht und Emigration sind Folgen von Krieg, Besatzung, Elend, Hunger, Folter, Umweltzerstörung. Diese Ursachen müssen bekämpft werden, nicht deren Opfer.

In Afghanistan geht die Allianz immer aggressiver und rücksichtsloser vor. Hier zeigt sich auch immer deutlicher, was Besatzungstruppen bewirken: Sie brutalisieren die Gesellschaft, schaffen mehr Elend und mehr Bombentote. Es ist davon auszugehen, dass auch unter dem neuen US-Präsidenten der Druck auf Deutschland erhöht wird, noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Im Namen der Sicherheit und des „Krieges gegen den Terror“ werden immer mehr Soldaten zu Opfern, viele kehren traumatisiert zurück.

Der „Krieg gegen den Terror“ wird aber nicht nur in Afghanistan geführt, sondern auch zu Hause. Kriege in aller Welt gehen mit einem ständigen Demokratieabbau im Inneren und einer fortschreitenden Aushöhlung des Grundgesetzes einher. Mit sogenannten "Sicherheitsgesetzen" werden Grundrechte ausgehebelt und Vorratsdatenspeicherung, Ausspionieren privater PCs und eine allgegenwärtige Überwachung "legalisiert".

Grundgesetzwidrige Einsätze der Bundeswehr im Inneren wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm sollen zur Normalität werden. Gleichzeitig wird die zivil-militärische Zusammenarbeit im Inland verstärkt. Die Bundeswehr versucht sich allen zivilen Bereichen der Gesellschaft, Institutionen, Organisationen und Vereine aufzudrängen und militärisches Denken zu verankern. Öffentliche Gelöbnisse, Militärkonzerte, Rekrutierungsversuche in den Arbeitsämtern, Schulbesuche und Zusammenarbeit mit Vereinen und Kommunen sollen das Kriegshandwerk wieder als Normalität erscheinen lassen.

Wir können und dürfen die Augen vor den verheerenden Folgen dieser Politik nicht verschließen. Sie steht für die Enttabuisierung des Militärischen in unserer Gesellschaft. Sie steht für Krieg, Verschleuderung von Ressourcen, Sozialabbau und steigende Rüstungsetats. Sie steht für eine aggressive Ideologie der Feindbilder und eine Einschränkung von Freiheitsrechten.

Weltweit lehnt die Mehrheit der Menschen Kriege ab. Das Ende der NATO, ein Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan und anderen Regionen und eine Abkehr von der Militarisierung Europas wären Schritte zu einer friedlichen Welt.

Die NATO will genau das Gegenteil.

Daher rufen wir zu gemeinsamen, bunten und vielfältigen Aktivitäten gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden auf. Mit Demonstrationen, Konferenzen, Camps, Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams – wie Umzingelungen, Blockaden usw. - wollen wir ein Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik der NATO setzen.

Eine Welt ohne NATO ist nötig!

5. Tagung des Parteivorstands der DKP

28. Februar / 1. März 2009, Essen

Antrag an die 5. Parteivorstandstagung

Antragsteller: Christian Koberg

Bildung von Landesorganisationen

1. Den Anträgen und Diskussionen in den Bundesländern Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern entsprechend, prüft der Parteivorstand die Möglichkeit zur Bildung von Landesorganisationen in diesen Bundesländern. Dazu wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Ihr gehören an:
 - Genossin Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende
 - Genosse Klaus Weißmann, Bundesgeschäftsführer
 - Werner Sarbok, UZ-Redaktion, Mitglied des Bezirksvorstandes Ruhr-Westfalen
 - Jens Weber, Mitglied des Parteivorstandes, Thüringen

2. Kriterien zur Bildung von Landesorganisationen sind:
 - a) Die Haltung zum Programm und zur beschlossenen Politik und ihre Umsetzung in den jeweiligen Bundesländern.
 - b) Es ist zu prüfen, ob die Gründung der Landesorganisation die Qualität politischer Tätigkeit und die Ausstrahlung der DKP erhöhen können. Dazu gehört auch das Überprüfen, ob dann die Entwicklung einer Landespolitik in dem jeweiligen Bundesland gewährleistet werden kann.
 - c) Die Feststellung des organisationspolitischen Standes in den Gruppen in den jeweiligen Bundesländern. Dabei geht es auch darum, einen realistischen Stand über die Mitgliedschaft, die Ausstrahlung der Partei und ihr politisches Wirken vor Ort zu erhalten.
 - d) Die Feststellung zur politisch-ideologischen Tätigkeit der Partei vor Ort, ihre Öffentlichkeitsarbeit und das politische Wirken.

3. Die Arbeitsgruppe berücksichtigt die Ergebnisse der org-politischen Kommission, erstattet dem Parteivorstand Bericht und erarbeitet eine Beschlussvorlage.

(Beschlossen mit 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

Zur Weiterentwicklung der Jugendpolitik der DKP:

Der Parteivorstand hat sich darauf verständigt einen Jugendpolitischen Ratschlag durchzuführen. Dieser soll wesentlich von der Jugendpolitischen Kommission vorbereitet werden. Dazu ist es notwendig diese Kommission arbeitsfähig zu machen, alle Bezirke sind aufgefordert ihre Mitglieder für diese Kommission zu benennen.

Initiative der Organisationspolitischen Kommission:

**Alle Parteivorstandsmitglieder und die Mitglieder der Bezirkssekretariate sind aufgerufen in den Grundorganisationen der DKP - anhand dieses Fragebogens - die Diskussion um den Organisationspolitischen Stand unserer Parteigruppen zu führen. Diese Diskussion soll zugleich den Gruppen in ihrer Arbeitsplanung helfen und den Leitungen Klarheit verschaffen über den organisationspolitischen Zustand der DKP.
für die organisationspolitische Kommission**

Klaus Weißmann

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieser „Fragebogen“ soll nicht „mal eben nebenbei“ oder „im stillen Kämmerlein“ ausgefüllt und wieder abgeschickt werden. Er ist dazu gedacht den übergeordneten Leitungen mehr Klarheit zu verschaffen über den realen Zustand der DKP, an ihrer entscheidenden Stelle: ihren Grundorganisationen.

Er soll Euch helfen, die eigene Arbeit, das Wirken der Grundorganisation zu reflektieren und zielgerichtet zu diskutieren, wie wir eine **reale Stärkung der DKP** im nächsten überschaubaren Zeitraum bewerkstelligen können.

Dabei gehen wir davon aus, dass wir es mit einem differenzierten Bild zu tun haben. Deshalb kommt es uns darauf an, mit Euch gemeinsam sowohl den momentanen Stand Eurer Grundorganisation zu erfassen sowie die nächsten Schritte der Stärkung Eurer Grundorganisation herauszuarbeiten.

Indem die Mitglieder des Parteivorstandes bzw. der Bezirkssekretariate und die Mitglieder der Organisationspolitischen Kommission mit Euch gemeinsam diese Fragen durchsprechen, wollen wir unsere Fähigkeit erhöhen, die Leitungstätigkeit so zu gestalten, dass sie sich stärker an der Notwendigkeit orientiert, unsere Partei zu stärken.

Denn darum, um die Stärkung unserer Partei, muss es uns jetzt gemeinsam gehen. Eine Stärkung der DKP heißt aber vor allem: Mehr und stärkere Grundorganisationen.

Wir wollen wissen, wie die Leitungen der Gruppen und Kreise ihre Arbeit sehen, welche Erfahrungen sie haben und welche Hilfen und unterstützende Maßnahmen sie von den Leitungsebenen der DKP erwarten/sich wünschen.

Was wäre aus Eurer Sicht notwendig, damit sich Eure DKP Grundorganisation stärken kann?

in den politischen Auseinandersetzungen:

in den Bündnissen:

im öffentlichen Auftreten:

zur Gewinnung neuer Mitglieder:

Was wünscht Ihr Euch von den Leitungen (Kreis-, Bezirks-, Parteivorstand) an Unterstützung in den oben genannten Aufgabenfeldern?

Bitte schickt den ausgefüllten Fragebogen nicht per Post, Fax oder Mail an uns zurück, sondern über den Leitungsweg!

1. Name der GruppeKreis:.....Bezirk:.....
Wie ist Eure Gruppe zu erreichen?
Adresse:.....
Tel. :.....Mail:.....
Verfügt Ihr über eine eigene Homepage?:.....

2. In welchem Rhythmus trifft sich die Gruppe?
Werden die Gruppenabende öffentlich angekündigt?
Wo trifft sich die Gruppe?

3. Anzahl der Mitglieder gesamt:.....

Mitglieder bis 30 Jahre:.....	Teilnahme am Gruppenabend/ -leben
Mitglieder über 30 Jahre:.....	Teilnahme am Gruppenabend/ -leben
Mitglieder über 50 Jahren:	Teilnahme am Gruppenabend/ -leben
SympathisantInnen:.....	Teilnahme am Gruppenabend/ -leben

4. Wann wurde das „letzte“ neue Mitglied in die Gruppe aufgenommen?

Gibt es so etwas wie SympathisantInnenlisten?
Werden die SympathisantInnen kontinuierlich betreut?

5. Verfügt die Gruppe über einen Arbeitsplan? (wenn ja bitte beilegen)

6. Wirkungsbereich /Schwerpunkt der Gruppe: Welche räumlichen und /oder inhaltlichen Schwerpunkte hat Eure Gruppe?

- Kommunalpolitik
- Antifa
- Frieden.....
- betrieblichen Interessenvertretung.....
- soziale Rechte.....
- demokratische Rechte

7. Wieviel GenossInnen sind in anderen Organisationen, Bündnissen, Netzwerken (VVN, SDAJ, Kuba-Solidarität, Antifa, soziale Bewegungen) tätig?
Wie findet der Austausch zwischen diesen GenossInnen und der Gruppe statt?

8. Gibt es Mitglieder, die in den Gewerkschaften mitarbeiten bzw. zu betrieblichen **InteressenvertreterInnen** gewählt wurden? Wie werden deren Erfahrungen und die Tätigkeit in der Gruppe genutzt?
Fühlen diese Genossinnen und Genossen sich im ausreichenden Maße durch die Gruppe unterstützt?

9. Wie viele GenossInnen sind zur Zeit bereit und in der Lage, öffentlich als Kommunisten aufzutreten?(Infostand öffentliche Veranstaltung usw.) Worin liegen die Ursachen, wenn das nicht der Fakt ist

10. Gibt es öffentliche Gruppenabende, n denen auch FreundInnen und SympathisantInnen teilnehmen?

11. Wie viele **Veranstaltungen hat Eure DKP-Gruppe im Verlauf des letzten Jahres durchgeführt? Mit wieviel TeilnehmerInnen? (z. B. Internationaler Frauentag, 40 Jahre DKP)**

Themen:

TeilnehmerInnen:

12. An welchen Veranstaltungen, **Aktionen, Demos (auch zentralen) hat sich Eure Gruppe im Verlauf des letzten Jahres beteiligt?**

War die Gruppe durch Fahnen, Transparente, Pressearbeit und/oder den Freiverkauf der UZ als **DKP-Gruppe erkennbar**?

13. Hat die Gruppe im vergangenen Jahr **Infostände durchgeführt? Wenn ja zu welchen Anlässen und wo?**

14. Gibt die Gruppe ein regelmäßiges **öffentliches Material (Kleinzeitung, Nachbarschaftsbriefe) heraus?**

Titel

Auflage

Verteilung (wo?)

Erscheinungsrhythmus

(Schickt bitte ein Exemplar regelmäßig an den PV)

Bildungsarbeit

15. Zu welchem Thema/zu welchen Themen hat 2007 ein Bildungsabend stattgefunden:?.....

16. Beteiligung:

Beteiligung von SympathisantInnen und Nichtmitgliedern:

Wurde der Bildungsabend mit ReferentInnen gestaltet:

Wurde ein zentrales Bildungsmaterial genutzt?

Wie hoch schätzt Ihr die Bildungsarbeit für Eure Gruppe ein?

17. Gibt es in Eurem Kreis eine MASCH?

18. Welche Rolle spielt **die UZ auf den Gruppenabenden?**

19. Zu welchen Anlässen gibt es einen **UZ-Freiverkauf?**

20. Wie viele Genossinnen und Genossen haben die UZ abonniert?

Wie viele Menschen erreichtet Ihr über Eure Mitglieder hinaus mit der UZ als AbonnentInnen oder regelmäßige LeserInnen?

Wie viele neue AbonnentInnen der UZ:

Wie viele neue AbonnentInnen der Marxistischen Blätter:

konntet ihr im vergangenen Jahr gewinnen

Kassierung:

21. Wieviel % Eurer GenossInnen werden regelmäßig kassiert?

22. Funktioniert die Kassierung als Bindeglied zu solchen GenossInnen, die nicht regelmäßig zum Gruppenabend kommen?

23. Welche anderen Finanzquellen nutzt die Gruppe?

24. Kommt es vor, dass gewünschte oder geplante Aktivitäten der Gruppe an der Finanzlage scheitern?

25. Realisiert Ihr die beschlossene Unterstützung der UZ (vier UZ -Spendenmarken im Jahr pro Mitglied) ?

26. Arbeitet Ihr mit der Homepage des DKP-PV?

Wie gestaltet sich das Verhältnis **zur SDAJ** :

28. Gibt es eine SDAJ-Gruppe im Wirkungsbereich der Grundorganisation?

29. Sind SDAJlerInnen regelmäßig auf den Gruppenabenden?

30. Welche Hilfestellungen bietet die DKP-Grundorganisation der SDAJ? (ReferentInnen, finanzielle Unterstützung, Räumlichkeiten, bei gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen)

31. Gibt es gemeinsame politische Projekte?

.....
.....
.....
.....

Gruppenleitung

32. Gibt es eine Gruppenleitung?

33. Aus wieviel GenossInnen?

34. Welche Funktionen? In welchem Alter?

35. Kennt ihr das Programm der **Karl-Liebknecht-Schule**?

36. Haben sich aus Eurer Gruppe bereits GenossInnen für einen Lehrgang angemeldet?

Wie würdet Ihr den Aktivitätsgrad Eurer Gruppe einschätzen?

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

vielen Dank für Eure Mühe.

wir hoffen, dass Ihr beim Ausfüllen eine anregende Diskussion hattet und auf dem Weg der Stärkung einen Schritt weiter gekommen seit.
für die org.-politische Kommission

Klaus Weißmann